

Bezugspreis:

Für den Monat Juni 1923 20 Mark... für den Monat Juni 1923 20 Mark...

Anzeigepreis:

Die einseitige Kopiergebühr... die einseitige Kopiergebühr...

Anzeigen für die nächste Nummer... Anzeigen für die nächste Nummer...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3... Redaktion: Dönhofs 292-295...

Mittwoch, den 6. Juni 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3... Postfachkonto: Berlin 375 36...

Die Forderungen des Volkes.

Glänzender Verlauf unserer Verhandlungen.

In großen Massen war die Berliner Arbeiterschaft gestern... In großen Massen war die Berliner Arbeiterschaft gestern...

betriebe als Garantie mehr ausbringen sollen... betriebe als Garantie mehr ausbringen sollen...

zu erringen. Nicht fortgesetzte Beschlagnahmen... zu erringen. Nicht fortgesetzte Beschlagnahmen...

In der Böhlow-Brauerei.

Der große Saal der Böhlow-Brauerei war bis auf den... Der große Saal der Böhlow-Brauerei war bis auf den...

Stürmischer Beifall lohnte die 1 1/2stündigen Ausführungen... Stürmischer Beifall lohnte die 1 1/2stündigen Ausführungen...

In den Andreas-Festsälen.

Der Saal und die Galerie waren schon lange vor Beginn... Der Saal und die Galerie waren schon lange vor Beginn...

überhaupt. Die Rücksichtslosigkeit des Kapitals... überhaupt. Die Rücksichtslosigkeit des Kapitals...

Wertbeständige Einkommen.

Aus gewerkschaftlichen Kreisen wird uns geschrieben:

Jeder Marksturz, wie überhaupt alle Schwankungen... Jeder Marksturz, wie überhaupt alle Schwankungen...

Gegen die Gefahren und Rückschläge der Schwankungen... Gegen die Gefahren und Rückschläge der Schwankungen...

In den Erklärungen des früheren Staatssekretärs... In den Erklärungen des früheren Staatssekretärs...

Wenn es den Unternehmern wirklich ernst ist mit der... Wenn es den Unternehmern wirklich ernst ist mit der...

Auch das spekulative Moment ist nicht ohne Einfluss... Auch das spekulative Moment ist nicht ohne Einfluss...

Aber wertbeständige Arbeitseinkommen sind auch aus... Aber wertbeständige Arbeitseinkommen sind auch aus...

In der Hasenheide.

Der große Saal in dem Schultheiß-Aushaus Hasen... Der große Saal in dem Schultheiß-Aushaus Hasen...

Das Proletariat ist die einzige Macht, die die Republik... Das Proletariat ist die einzige Macht, die die Republik...

Das letzte Industrieangebot ist eine schroffe... Das letzte Industrieangebot ist eine schroffe...

Der Redner erläuterte das Angebot und wandte sich... Der Redner erläuterte das Angebot und wandte sich...

(Weitere Berichte auf der 3. Seite.)

eine Absatzkrise ist, hat ihre Quelle in dieser Unsicherheit der Kaufkraft der großen Verbrauchermassen.

Auch die Unwirtschaftlichkeit unserer Industrie rührt zum guten Teile daher. Denn die Entwertung der Arbeitseinkommen und die daraus erwachsenden Gewinnmöglichkeiten bilden einen weiteren spekulativen Antrieb zur Geldentwertung. Aus der Geldentwertung wie aus dem Schwanken des Geldwertes überhaupt ergibt sich die Unterbindung des Spartriebes, die wieder eine zunehmende Verteuerung des Kredits zur Folge hat. Die Konkurrenzfähigkeit unserer Industrie muß untergraben werden, wenn sie, wie das heute oft der Fall ist, 300 Proz. Kreditzinsen zahlen muß.

Aber von den allgemein wirtschaftlichen Gründen, die für die Einführung wertbeständiger Arbeitseinkommen sprechen, ganz abgesehen, sind diese eine unumgängliche Notwendigkeit für die Erhaltung der Arbeitseinkommen des deutschen Volkes. Sie sind auch geboten im Interesse der Selbsthaltung der Arbeiterschaft selbst. Ohne eine einigermaßen stabile wirtschaftliche Existenzmöglichkeit, und wäre diese auch schwächer als vor dem Kriege, ist der Arbeiter ohne jede Entwicklungsmöglichkeit von vornherein unterbunden. Und daraus erklärt sich auch der Widerstand scharfmacherischer Kreise gegen wertbeständige Arbeitseinkommen. Wertbeständige Arbeitseinkommen werden deshalb erkämpft werden müssen. Besonders aber auch deshalb, weil sie alle Kreise, die aus der Unbeständigkeit der realen Arbeitseinkommen einen direkten oder indirekten Nutzen ziehen, zum entschiedenen Gegner haben.

Aus dem Gesagten ergibt sich aber auch, daß es sich bei wertbeständigen Arbeitseinkommen nicht um sogenannte Sonderlöhne handeln kann. Sonderlöhne beruhen auf den Kleinhandelspreisen. Zwischen diesen und den Erzeugerlöhnen schweben sich jedoch eine Reihe zum guten Teil spekulativer Momente ein, deren Einfluß um so größer ist, je unsicherer unsere Währungsbasis ist. Wollen wir zu stabilen Verhältnissen kommen, dann müssen wir jedoch jeden Antriebe zur Spekulation nach Möglichkeit ausschalten. Da außerdem die Lebensmittelpreise heute fast unmittelbar bestimmt werden von den Einfuhrpreisen der ausländischen und nicht von den Herstellungskosten der inländischen Lebensmittel, werden es die Unternehmer als unbillige Belastung der Industrie zurückweisen, wenn sie ausschließlich die Kosten dieser Schwankungen zu tragen hätten.

Aus denselben Gründen haben reine Gold- oder Dollarlöhne den Nachteil, daß die Arbeiterschaft dadurch die alleinige Trägerin des erwähnten Risikos und der Schwankungen der Kleinhandelspreise ist. Es wird deshalb zu empfehlen sein, die Arbeitseinkommen auf einer Basis zu bemessen, die gleich ist dem Durchschnitt der Lebenshaltungskosten, des Dollarkurses und des Goldzollaufgebotes. Die Praxis wird lehren, ob und wie diese Grundlage zu ändern ist.

Auf einer solchen Grundlage können dann Lohnverträge von längerer Dauer abgeschlossen werden. Zunächst vielleicht nur für zwei oder drei Monate, weil man ja erst die Grundlagen erproben muß. Später wird man zu längeren Abschlüssen übergehen können und damit der Produktion eine Stabilität zurückgeben, die eine wesentliche Bedingung der Hebung der Produktivität ist. Damit ist freilich noch gar nichts über die Höhe der wertbeständigen Arbeitseinkommen gesagt. Die wird in Zukunft wie in der Vergangenheit von dem Kräfteverhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern abhängen, das heißt auf Seiten der Arbeitnehmer von der Kraft ihrer Gewerkschaften.

Rücktritt des estländischen Kabinetts. Das estländische Kabinett hat, wie aus Moskau gemeldet wird, seinen Rücktritt beschloffen, damit das neue Parlament in der Neubildung des Kabinetts freie Hand hat.

Gefühlspolitik und Tatsachen.

Die Arbeiten des Untersuchungsausschusses.

Die zweite öffentliche Sitzung des Reichstagsausschusses zur Untersuchung der Ursachen des Marksturzes, die gestern stattfand, entrollte ein Bild von der Tätigkeit dieser wichtigen Körperschaft, das nicht ermutigend war. Den eindeutigen und scharfen Fragestellungen unserer Genossen suchte man wieder in einer Weise auszuweichen, die befürchten läßt, daß die sachlichen Arbeiten des Ausschusses sich früher oder später totlaufen, wenn es so fortlehrt. Jedenfalls scheint die Mehrheit des Ausschusses darauf abgesehen zu sein, daß es unverständlich, daß der Vorsitzende, Herr Lange-Heegermann, der Tätigkeit des Ausschusses eine geringere Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit wünschelt; es wäre ferner unverständlich, daß Herr Helfferich in einer mindestens halbstündigen Anfrage auf Dinge eingeht, die für die Ergebnisse der Untersuchung wirklich bedeutungslos sind. Denn es gibt niemand in Deutschland, der den gewaltigen Einfluß der außenpolitischen Erschütterungen auf den Stand der Mark verkennen würde, und es hat deshalb gar keinen Zweck, überhaupt auf diese Frage ausführlich einzugehen. Nicht anders ist es, wenn man zu der Frage, wie sehr die deutsche Zahlungsbilanz passiv ist, die einzelnen Posten sorgsam aufzählt und betont, daß vielleicht wesentliche Fehlerquellen in diesen Einzelposten stecken, gleichwohl aber mit der Endzahl als einer festen Summe rechnet und dann zu der erschütternden Erkenntnis kommt, daß die Mark doch fallen müsse. Alles das sind Fragen, über die es entweder keinen Streit gibt oder über die ein Streit müßig ist; denn er lenkt ab von der Hauptfrage, ob und in wie weit von einzelnen Personen und Firmen in der kritischen Zeit Devisen auf Vorrat gekauft worden sind und auf welche Weise das künftig unterbunden werden kann. Man tut der Spekulation einen großen Gefallen, wenn man die Sache damit abtun will, daß die steigende Nachfrage nach Devisen eine „natürliche Entwicklung“ sei. Auch der Tuberkelbazillus hat seine durchaus natürliche Entwicklung, und doch bekämpft man ihn.

Bezeichnend für die Ablenkungsversuche der Bürgerlichen ist die Tatsache, daß es erst des Druckes unserer Genossen bedurfte, um einen Antrag durchzusetzen, der von der Regierung eine Liste der gegen die Devisenverordnung verstoßenden Firmen und ihrer Bestrafungen verlangte. Die bürgerlichen Abgeordneten ziehen Gemeinplätze, auf denen sich gut tummeln läßt, den sachlichen Unterlagen vor, die zur Klärung der Frage führen können. Die Feststellung, die Staatssekretär Trendelenburg bei dieser Gelegenheit machte, daß auf Grund der neuen Devisenverordnung noch immer keine Bestrafungen erfolgt sind, kennzeichnet jene Pässigkeit in der Durchführung der gegen die Valutamat beschlossenen Bestimmungen, deren Bekämpfung das erste und nächste Ziel des Untersuchungsausschusses sein muß.

Wesentlich interessanter wurde der Verhandlungsgang des Ausschusses, als auf Antrage des Kommunisten Frölich die Sachverständigen zu dem Problem der Einführung wertbeständiger Konten und der Schaffung von Goldkrediten Stellung nahmen. Der Reichsbankpräsident trat dagegen auf. Bemerkenswert aber war die Tatsache, daß entgegen dem Gutachten des Reichsbankpräsidenten der Staatskommissar an der Berliner Börse, Geh. Rat Dr. Lippert, die Einführung von wertbeständigen Wechseln für möglich und notwendig hielt, wenn er auch vorläufig, für die Zeit der Ruhrbesetzung, davon abriet.

In der heutigen Sitzung wird die Debatte über die Goldkredite fortgesetzt. Es ist zu wünschen, daß man diese Frage einer Lösung näherbringt, wie überhaupt gefordert werden muß, daß sich der Ausschuß von seinem sachlichen Ziel, die Vorgänge auf dem Devisenmarkt aufzuklären und gegen die Spekulation Abhilfemaßnahmen vorzuschlagen, nicht durch theoretische Debatten ablenken läßt. Die Gefühlsange-

legenheit, ob man eine gewisse Devisenhamstererei als be- kämpfung der Auswüchse der Spekulation ganz aus dem Spiele bleiben.

Zum Fall Schlageter.

Die Rechtspreßreue benutzt auch die Beurteilung und Erschießung Schlageters für ihre Hege gegen den preussischen Innenminister. Sie veröffentlicht einen Steckbrief der Polizeibehörde in Kaiserswerth, der nach der Sprengung in Kalkum gegen den Urheber der Sprengung Schlageter gerichtet wurde, und läßt dabei die Vermutung, daß die durch die Franzosen erfolgte Verhaftung auf dieses Schriftstück zurückzuführen und daß der Innenminister davon unterrichtet gewesen sei. Zunächst ist es bezeichnend, daß man in diesen Kreisen auch nicht mehr davon zurückschreckt, unbewiesene Tatsachen für ihre nicht gerade sehr edle Hege zu verwenden. Dann aber muß festgestellt werden, daß die Gemeinde Kalkum durch Weisungsnahme und andere Bedrohungen infolge des Attentats in eine außerordentlich schwierige Lage geriet. Daraufhin erfolgte als Entlastungsaktion der Steckbrief der Polizeibehörde Kaiserswerth.

Im besetzten Gebiet ist die deutsche Polizeigewalt nicht aufgehoben, der Krieg gegen die Franzosen ist nicht erklärt. Gewaltmaßnahmen, die von einzelnen Gruppen oder Personen vorgenommen werden, gefährden auch die einheimische Bevölkerung und setzen sie den schwersten Repressalien der Gegner aus. Gegen solche Handlungen einzuschreiten, ist Pflicht der deutschen Behörden, und es ist nicht ihre Schuld, wenn sich die französischen Militärs eine Gerichtsbarkeit anmaßen, die ihnen nicht zusteht und wider alles Recht grausame Strafen verhängen.

Wie im Fall Schlageter werden die deutschen Behörden auch in künftigen ähnlichen Fällen verfahren müssen, wenn sie die Bevölkerung des besetzten Gebiets vor der drohenden Anarchie schützen wollen.

Gegen die bayerischen Volksgerichte.

Dresden, 5. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Ebenso wie das Amtsgericht Hamburg bestritt nun auch Sachsen die Rechtsgültigkeit der durch das Gesetz vom 12. Juli 1919 eingerichteten bayerischen Volksgerichte. Das sächsische Justizministerium hat auf Grund einer Nachprüfung der verfassungsmäßigen Unterlagen für die Gerichtsbarkeit der Volksgerichte die gegen ihre Rechtsbefähigung vorgebrachten Bedenken für durchgreifend erachtet und die ihm unterstellten Staatsanwaltschaften angewiesen, Rechtsmittelersuchen der bayerischen Volksgerichte in Zukunft nicht mehr zu entsprechen. In gleicher Weise hat das Ministerium des Innern die ihm unterstellten Polizeibehörden angewiesen, solchen Ersuchen bayerischer Volksgerichte nicht mehr entgegenzukommen. (Die Anordnungen gelten nicht für Volksgerichte, die auf Grund der neuesten bayerischen Ausnahmeverordnung vom 11. Mai 1923 die Rechtsprechung ausüben.)

Die Ausweisungen.

Essen, 5. Juni. (W.B.) Nunmehr hat auch in dem hiesigen Bezirk die Ausweisung pflichtloser Eisenbahnbeamten begonnen. Am Samstag wurde zehn Eisenbahnbeamten, am Montag neun und heute sieben der Ausweisungsbefehl zugestellt. Die Beamten werden im Kohlenpachtgebiet gesammelt, von da mittels Lastkraftwagen nach Nevegis an die Grenze des besetzten Gebiets transportiert und dann ausgewiesen.

Köln, 5. Juni. (W.B.) Hier trafen wiederum drei Transporte Ausgewiesener von insgesamt 170 Personen ein. Die Flüchtlinge stammten aus der Eifel und der Trierer Gegend. Sie wurden in Köln verpflegt und dann weiter befördert. Unter den Ausgewiesenen erregte besonders ein 80-jähriges Mütterchen, das getrogen werden mußte, größtes Mitleid.

Das Pumpangebot.

Der Dampfer „Allemania“ war fast gesprungen und kämpfte in schwerer See. Die Dampfmaschinen verfielen. Seit Tagen schon arbeitete die Mannschaft an den Handpumpen, ohne des eindringenden Wassers Herr zu werden. Ihre Kräfte waren am Verjagen.

Nun befand sich an Bord der „Allemania“ eine Gesellschaft von Industriellen, die zu einer Tagung hatte reisen wollen. Sie hatten es bisher der Mannschaft gegenüber an aufmerksamen Zurufen nicht fehlen lassen. Auch sorgte sie dafür, daß in den Mannschaftsräumen große Portale angebracht wurden mit Aufschriften wie „Nur die Arbeit kann uns retten!“ und „Halte durch!“. Darauf beschränkte sich jedoch ihre Hilfsbereitschaft.

Schließlich aber, als die Mannschaft vor Erschöpfung umzu- sinken drohte, schickte sie den Kapitän ein Herz. Er erschien im Nachschot, wo die Herren um den Poterisch saßen, und sprach mit Grabestimme: „Meine Herren, das Schiff ist am Untergehen. Pumpen Sie!“

Die Industriemagnaten runzelten die Stirn. Sie bedeuteten dem Kapitän, vor der Tür des Nachschotens zu warten. Nach zweifelhafte Beratung ließen sie ihm durch den Steward folgendes Schriftstück herausreichen:

Pumpangebot der Vereinigten Industriellen.

§ 1. Die an Bord der „Allemania“ vermittelten Industriellen stellen ausdrücklich fest, daß für sie keinerlei rechtliche Verpflichtung zur Beteiligung an Pumparbeiten besteht, vielmehr ist deren Aus- führung Sache der Reederei.

§ 2. Diese verpflichtet sich, den durch das Eindringen von Wasser verursachten Sachschaden an dem eingebrachten Gepäc der Industriellen in Goldwährung nebst 6 Proz. Verzugszinsen vom Augenblick der Beschädigung an zu ersetzen.

§ 3. Unter diesen Voraussetzungen sind die Vereinigten In- dustriellen bereit, probeweise je zwei Stunden den Tag zu pumpen, falls die übrigen Passagiere erster Klasse die restlichen 22 Stunden pumpen. Doch ist dieses Angebot hinfällig:

a) wenn nicht der Achtundzwanzigste für die Angestellten der Reederei sofort abgeschafft wird,

b) wenn es der Reederei nicht gelingt, sofort die Dampf- maschinen wieder in Gang zu setzen.

§ 4. Wird der Dampfer „Allemania“ gerettet, so geht als Entgelt für unsere Mitbewertung das gesamte Eigentum an Schiff, Ladung und Inventar auf die Vereinigten Industriellen über.

Die Industriellen.

(Folgen setzen sich unten.)

Der Kapitän las das Schriftstück und dankte mit Tränen der Rührung im Auge den Industriellen für den bewiesenen guten Willen. Selbstverständlich ließte das Dokument unter der Mannschaft Empörung aus. Es gibt eben ewig unzufriedene Köpfe. ... Nur ihre Schuld ist es, wenn der Dampfer „Allemania“ unter- gehen wird. Rich. von Lindenbeck.

News Leader-Interessenten haben sich in großer Anzahl gemeldet. Ähnliche Adressen, mehrere hundert, sind von uns an die Verwaltung unseres englischen Bruderorgans übersandt worden. Wir hoffen, daß alle Wünsche befriedigt werden. Ein weiterer Ein- fluß darauf steht uns jedoch nicht zu.

Zukunftsmöglichkeiten der Zeppelin-Luftschiffe.

W. A. Störr äußert sich darüber im Taschenbuch für Flugtechnik und Luftschiffer. Danach wurden erfolgreiche Zeppelinluftschiffe allmählich bis fast 70 000 Kubikmeter geschaffen und deren Geschwindigkeit insbe- sondere bis 36 Meter in der Sekunde gesteigert. Beim Zeppelinluftschiff wurde also eine Geschwindigkeit und Größe erreicht wie bei keinem anderen Luftschiff, aber auch ein äußerst günstiges Verhältnis von Stützlast zu Eigengewicht, und so sind alle Bedingungen für erfolg- reiche Weiterentwicklung des Baues von starren Luftschiffen für den Weltverkehr in technischer Hinsicht gegeben. Das Baumaterial für Starrschiffe wird in Zukunft unbedingt Leichtmetall sein, das für Zeppelinluftschiffe schon von Anfang an verwendet wurde. Diese werden auf 120, 140 oder 150 000 Kubikmeter Inhalt anwachsen und schließ- lich so weit, wie es Erfahrungen und Forderungen zulassen; denn in technischer Hinsicht bieten sich in den Größenverhältnissen keine größeren Schwierigkeiten dar, als es diejenigen bei der Größeren- wicklung in der Seeschiffahrt waren.

„Zahlhochzeiten“.

Water sein ist schwer, sagt Wilhelm Busch; Hochzeitsvater noch mehr. Welche Niesennummern verschlingt heute ein Hochzeitstisch! Daß Hochzeitstisch aber auch früher schon teuer, sehr teuer sein konnte, zeigt der Bericht einer alten Chronik aus dem Nürnberg zu Anfang des vorigen Jahrhunderts. Da kostete pro Person ein Hochzeitsgedekt 8—15 Gulden, eine Summe, die schon damals ganz außerordentlich hoch war — sie entspricht heute 272 000—510 000 M. pro Person —, und dazu kamen noch sehr viele diesem Saße entsprechende Nebenausgaben. Schuld daran trug, wie so häufig, ein wohlhabender Magistrat, der, natürlich gegen bedeutende Abgaben, alle Hochzeitsgastereien einem einzigen Wirt übertrug hatte, dem Wirt am Schiefergassen, und der prekte nun heraus, was er konnte. Mancher Bürger seufzte schwer unter dieser Last — sie fiel übrigens dem Bräutigam und nicht wie heute der Braut beziehungsweise dem Brautvater zu —, und so bildete sich nun, gemissermaßen zum Ausgleich, die Sitte aus, dem Brautpaar kostbare Geschenke zu machen. Auf diese Weise war denn aber erreicht, daß eigentlich alle Teile eine hoch- zeit verwünschten. Da führte sich nach und nach ein praktischer Ausweg ein — die „Zahlhochzeit“, das heißt, der Gast be- zahlte seine Jede selbst und gab dafür kein Hochzeitsgeschenk. Auf den Einladungen war schon bemerkt, ob es sich um eine Zahl- hochzeit handelte oder nicht; im ersteren Fall war gleich der Preis angegeben. — Sollte sich diese Einrichtung nicht auch für die Gegenwart empfehlen?

Hungernot und Kannibalismus.

Professor Frank-Charlow be- richtet neuerdings über psychische Studien, zu welchen ihn die Hungernot in der Ukraine im vorigen Herbst verführte hat. Obwohl in diesen Gebieten die Hungernot trotz einer Sterblichkeit von 10 Proz. an manchen Orten an Ausdehnung und Schwere die der letzten Jahrhundert durchwegs nicht übertrifft, so sind in ihr doch Erscheinungen aufgetreten, die ihr eine gewisse kulturhistorische Be- deutung geben. Die gewaltigen Erschütterungen des letzten Jahr- hunderts, erst der Weltkrieg, dann die Vandalenkämpfe, Epidemien usw. haben tiefgreifenden Einfluß auf die Psyche der Bevölkerung gehabt. Gerade diejenigen Provinzen, in denen der Bürgerkrieg am heftig- sten tobte, sind am schwersten dann von der Not heimgesucht worden, die hier Formen angenommen hat, wie sie in Rußland seit Jahrhunderten nicht vorgekommen sind. Besonders auffallend sind

die zahlreichen verbürgten Fälle von Kannibalismus, wohl mit hervorgerufen durch die in Kriegs- und Revolutionsjahren an- erkannte Gleichgültigkeit gegen Menschenleben. Hauptächlich waren es Mütter, die ihre Kinder töteten, um ihr eigenes Leben zu fristen. „Er wäre auch so gestorben“, hieß es oft, „und wir konnten so unser Leben retten“. Neben den zerschundenen Einfällen der letzten Jahre ist für das Auf- treten des Kannibalismus, der sich sogar zum Handel mit Menschenfleisch steigerte, vor allem die Tatsache verantwort- lich zu machen, daß das Volk nach vor 60 Jahren aus Weißrussien bestand und Objekt des Kaufes und Verkaufes und der Willkür seiner Herren war. Auffallend ist jedenfalls, daß nur in der eingeborenen Bevölkerung, nicht in der deutschen und jüdischen, Fälle von Anthro- pophagie vorgekommen sind, obwohl auch bei ihnen die Hungernot Tausende dahinraffte.

Der Ursprung des Wortes „Busch“. Will man wissen, woher das jetzt wieder sehr aktuell gewordene Wortlein „Busch“ stammt, so lese man nach in dem 4. Band von Gottfried Kellers „Grünem Heinrich“. Denn da steht, alle ge- schrieben: „Das Wort Busch stammt aus der guten Stadt Zürich, wo man einen plötzlichen vorübergehenden Neuanfang einen Busch nennt, und demgemäß die eiferfüchtigen Nachbarstädte jede närrische Gemütsbewegung, Begeisterung, Jörnigkeit, Raune oder Rede der Züricher einen Zürichbusch nennen. Da nun die Züricher die ersten waren, die gepuscht, so blieb der Name für alle jene Bewegungen und bürgerliche sich sogar in die weitere Sprache ein, wie Sonder- bündel, Freischärler und andere Ausdrücke, die alle aus dem politischen Laboratorium der Schweiz herrühren.“

Glas Wandkugel Jlamischer Buchstaben (Täher, Miniaturen, Schreibkunst, Einbände) hat die Bibliothek des Kunstgewerbe- Museums, Prinz-Albrecht-Str. 7a, eröffnet. Besuch unentgeltlich wochentags 9—12 Uhr.

Gustav Wagners spricht am 6. und 7. Juni in der Stadthalle, Mollerstraße, am 8. Juni in der Universität. Karten sind nur im Vor- vertauf bis 6. Juni, nachmittags, zu haben in der „Vertreuer“, Wagnelstraße 7, und im Landgemeindefaust, Sophienstraße 24. Am Saalengang sind keine Karten zu haben.

Seltene Veste. Sie aus Rüssen in Tirol gemeldet wird, machte ein Jäger aus Vionien im Wald eine leitene Jagddüne: es gelang ihm, einen der in Europa nur noch spärlich ausbreitenden Steinadler zur Strecke zu bringen. Der Raubvogel hatte eine Flügelspannweite von zwei Metern.

Das beinahe fertige Wien. Die Gestalt des letzten Jahres stellt Wien unheimlich das Gesicht einer herabstürzenden Bombe dar, denn das Jahr 1922 wird in Wien 21 000 Umschlagungen auf währsche Weise im letzten Rechnungsjahr die Zahl der Wahlen in Wien nur rund 18 000 betrug. Vor dem Krieg entfiel von der Gesamtzahl der Wiener Ge- schicklungen nur 1 bis 1 1/2 Proz. auf die Wahlkreise an; nach dem Krieg ist die Zahl der Wahlkreise so sehr gesunken, daß im Jahre 1922 nicht alle währsche Geschicklungen als Wahlkreise ge- nutzt werden mußten.

Radiumproduktion in Belgisch-Kongo. An einem Vortrage an- läßlich der internationalen Bergbauausstellung erklärte der belgische Pro- fessor, daß Belgisch-Kongo imstande sein werde, während zum Jahre 1923 je 25 Gramm Radium zu produzieren. Der Rabner erklärte, daß in der ganzen Welt gegenwärtig nur 200 Gramm Radium vorhanden seien.

Die „Münchener Post“ verboten.

München, 5. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Laut Verfügung der Polizeidirektion München ist das Erscheinen der „Münchener Post“ vom 6. bis einschließlich 10. Juni 1923 verboten worden. Die Begründung des Verbots besagt: „Die Notverordnung vom 11. Mai 1923 bedroht mit Strafe den Drucker, der vorsätzlich während der in Friedenszeiten erfolgten Besetzung deutschen Gebiets durch eine fremde Macht dieser Macht Vorzug leistet.“ Die „Münchener Post“ bringt in Nr. 126 vom 4. Juni auf der ersten Seite einen Artikel „Aus dem Sumpf der Nationalaktivität“. Die Richtigkeit des Inhalts dieses Artikels nachzuprüfen erübrigt sich, da der Artikel ohne jeden Zweifel den Tatbestand der oben angeführten Bestimmung voll erfüllt. Nach § 6 der Verordnung kann eine periodische Druckschrift verboten werden, wenn sie einen Verstoß gegen § 1 enthält. Da die „Münchener Post“ bisher noch nicht verboten war, erscheint ein Verbot auf die Dauer von fünf Tagen als ausreichend. (1)

Die Geschäftsleitung der „Münchener Post“ hat gegen dieses Verbot Beschwerde beim Obersten Landesgericht mit der Begründung eingelegt, daß die in dem angezogenen Artikel erwähnten Tatsachen und Vorwürfe mehr oder weniger allgemein bekannt sind.

Gefahren im Ruhrgebiet.

Dortmund, 5. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die Truppenbewegungen und Verstärkungen der bisherigen Besetzung im südlichen Einbruchgebiet dauern an. Am Dienstag vormittag zogen große Truppenaufgebote durch Gelsenkirchen und Banne. Um 5 Uhr morgens wurde die Strecke Essen—Herne besetzt und sämtliche an dieser Linie gelegenen Bahnhöfe stillgelegt. Die Eisenbahner stellten sofort den Dienst ein. In Pflaumen werden sie durch den General Degoutte zur Wiederaufnahme der Arbeit innerhalb 48 Stunden aufgefordert. Ferner bringt Degoutte in Maueranschlägen zur Kenntnis, daß auch die letzte ins Ruhrgebiet führende Linie jetzt unter Verwaltung der französisch-belgischen Regie steht. Die Eisenbahner denken nicht daran, dem Befehl des französischen Oberbefehlshabers nachzukommen. Sie bereiten sich geschloßen auf ihre Ausweisung vor. Auch die Linie Herne—Altenessen ist stillgelegt worden. Von Gelsenkirchen aus wurde ein wesentlicher Teil dieser Strecke fast bis nach Altsen bis aufgerissen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Ankunft des Generals Pétain, der am Dienstag vormittag in Düsseldorf eintraf, mit der in Vorbereitung befindlichen neuen Aktion, deren Zweck vorläufig noch nicht recht erkennbar ist, in Zusammenhang steht.

Infolge dieser neuen militärischen Druckmaßnahmen ist der Verkehr mit dem Ruhrgebiet ausschließlich auf die Straßenbahnen beschränkt, die aber derart überfüllt sind, daß ihre Benutzung lebensgefährlich ist. Wenn sich unter diesen Umständen innerhalb der Bevölkerung ein gewisser Unmut dreht, so ist das verständlich. Hierbei wirken aber auch die Folgen der neuen Marktwertung mit. Bücher und Schleichhandel sind neuerdings wieder Tür und Tor geöffnet. Auf den Wochenmärkten des eigentlichen Industriegebietes sind Lebensmittel fast kaum noch zu haben. Das ist eine Folge des Wirkens der kommunistischen Kontrollausschüsse, denen die Händler und Kaufleute nicht das zweifelhafte Opfer fallen wollen. Alles versucht, die Ware in Gebietsstellen zu verkaufen, die bisher noch nicht unter dem Terror sogenannter Kontrollausschüsse gestanden haben. Aus der Kölner Gegend wird z. B. berichtet, daß dort aus Dortmund, Essen, Witten und anderen Orten kommende Landleute angehalten werden, die ihre Waren nach dem Kölner Wochenmarkt bringen wollen. Diese Zustände bilden natürlich eine Gefahr für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung. Es muß deshalb erneut die Forderung auf ausnahmsweise Behandlung des Ruhrgebietes durch die Berliner Zentralinstanzen erhoben werden. Uns scheint, daß die jetzt erneut auftauchende unheilvolle Entwicklung nur dann eingedämmt werden kann, wenn im wesentlichen die Verpflegung des Ruhrgebietes zentral von der Grenze der besetzten Bezirke aus geregelt wird.

Gegen die französischen Faschisten.

Paris, 5. Juni. (Eca.) Die mit großer Spannung erwartete heutige Sitzung der Kammer, in der der öffentliche Anschlag verschiedener Reden über die durch die royalistischen Übergriffe hervorgerufenen Zwischenfälle beschlossen werden sollte, hatte ein zahlreiches Publikum in die Kammer gerufen, die heute das Bild eines großen Tages bot. Die Tribünen waren überfüllt. Die Mehrzahl der Mitglieder der Regierung mit Poincaré an der Spitze war anwesend. Es kam jedoch nicht zu der erwarteten großen Aussprache, sondern es wurde lediglich über den öffentlichen Anschlag der in Frage kommenden Reden abgestimmt. Die

Abstimmung

hatte folgende Resultate: Der Anschlag der Rede Herriots wurde mit 280 gegen 213 Stimmen angenommen, der Anschlag der Rede des Abgeordneten Broussé wurde mit 520 gegen 44 Stimmen angenommen, die des Ministers des Innern de Raunoury mit 373 gegen 61 Stimmen.

Der royalistische Abgeordnete Magallon beantragte, daß der Bericht über die gesamte Sitzung, in der die erwähnten Reden gehalten wurden, öffentlich angeschloßen wird. Dieser Antrag wurde mit 510 gegen 30 Stimmen abgelehnt.

Es ist vorläufig noch nicht ersichtlich, was vor dieser Abstimmung hinter den Kulissen und in den Parteien vorgegangen ist. Jedenfalls kommentiert man in politischen Kreisen sehr lebhaft die Tatsache, daß entgegen den Erwartungen vieler Kreise die Rede Herriots mit einer verhältnismäßig starken Majorität angenommen worden ist. Es ist dies das erste Mal, daß der

gesamte Block der Linken

von den Kommunisten bis zu den Linkenrepublikanern gemeinsam stimmt hat, worin der erste praktische Beweis für das Vorhandensein dieses Blockes der Linken im parlamentarischen Leben erblickt wird.

Für Donnerstag steht die Diskussion über eine sozialistische Interpellation in der gleichen Angelegenheit im Senat bevor. Da im Senat die Parteien der Linken noch stärker als in der Kammer vertreten sind, dürfte über den Ausgang dieser Debatte kaum ein Zweifel sein. Ob Poincaré an dieser Senatsitzung teilnehmen wird, steht noch nicht fest, da man noch nicht weiß, ob er bis Donnerstag nachmittags aus Brüssel zurückgekehrt sein wird.

Notenschwindel.

M.B. schreibt: Der „Berliner Börsen-Courier“ und das „Uhr-Abendblatt“ veröffentlichen, das letztere nach einer Wiener Quelle, Mitteilungen über den angeblichen Inhalt der deutschen Antwort. Die Angaben sind in wesentlichen Punkten unrichtig. Die von dem wirklichen Inhalt der Antwort unterrichteten Persönlichkeiten sind zum Stillschweigen verpflichtet. Bezogetliche Mitteilungen sind daher zwecklos und können nach außen nur schädlich wirken.

Unsere Versammlungen.

In der Chausseestraße.

Der Saal des Pagenhofer Ausschanks in der Chausseestraße war schon lange vor Beginn der festgesetzten Zeit völlig überfüllt. Selbst in den anstehenden Nebenräumen hatten viele mit Mühe und Not Platz gefunden. Der Redner des Abends war Genosse Dr. Paul Leol, der mit geistlicher Schärfe ein Bild von der heutigen wirtschaftlichen und politischen Lage zeichnete. Es liege zurzeit etwas Bedrückendes in der Luft, das empfinde jeder, und dieses Empfinden löse das Verlangen einer

Reinigung der Atmosphäre

aus. Es war ein Fehler der Novemberrevolution, daß sie übersehen hat, abzurechnen mit denen, die das deutsche Volk ins Elend geführt haben. (Sehr richtig!) Schon nach einigen Monaten begann langsam aber planmäßig die Unterwühlung der Errungenheiten. Dann kam der Rapp-Butsch und ihm folgten später die Ermordungen der Minister Erzberger und Rathenau. Es gibt eine große starke Kraft, die den Umsturz der Republik und alles dessen erstrebt, was die Revolution geschaffen hat. Das ist der deutsche Nationalismus. Dieser träumt von der Zukunft, von der er wieder die Zeit der Paraden und die Freuden des Stappentens erwartet. Nachdem Cuno zur Regierung gekommen war, fühlten sie sich stark genug, an die Öffentlichkeit zu treten. Das sollte die Regierung mit der starken Hand und der disziplinären Unterdrückung sein. Raum war diese Regierung einige Wochen in Tätigkeit, da kam die Ruhrbesetzung mit allen ihren bisherigen und den noch gar nicht abzusehenden Folgen. Es kam die ins Ungeheuerliche gestiegene Verschuldung des Reiches, und wenn kein Wunder geschieht, werden Cuno und seine Helfer die Ruhraktion nicht zu Ende bringen. Der Versuch, die Welt zu stabilisieren, ist kläglich gescheitert, weil sie nicht unter den Voraussetzungen unternommen wurde, die eine Forderung der Sozialdemokraten waren. Der Verfall unserer Währung hat Deutschland an den Abgrund geführt und wird weiter

die fürchterliche Verelendung des Volkes

beschleunigen. Der Redner verbreitete sich weiter über das große Steuerunrecht und unterzog dann das Angebot der Industriemagnaten und der Landwirtschaft einer vernichtenden Kritik. An der Hand eines reichen Zahlenmaterials wies der Redner nach, daß die Gewährung dieser Bedingungen

für Industrie und Landwirtschaft ein glänzendes Geschäft

bedeuten würde. Es handelte sich jetzt um die Schicksalsfrage des deutschen Proletariats. Der Augenblick sei gekommen, Abrechnung zu halten. Keine Situation könne gänzlich hoffnungslos sein. Schließlich werde das deutsche Proletariat doch siegreich über seine Feinde triumphieren. (Lebhafte Beifall.) Dem Vortrag folgte eine lebhafte Diskussion.

In Moabit.

Im Moabiter Gesellschaftshaus sprach vor überfüllter Versammlung Genosse Künzler. Vor den Augen der ganzen Welt, so führte der Redner aus, wird an der Ruhr nicht nur um Deutschlands Zukunft eine Schlacht geschlagen, sondern der Kampf ist eine Auseinandersetzung zwischen den kapitalistischen Mächten und dem auswärtsstrebenden Proletariat. Eine Niederlage an der Ruhr ist gleichbedeutend mit einem Triumph des Militarismus und Nationalismus nicht nur in Deutschland und Frankreich, sondern in ganz Europa. Während das Proletariat den Kampf nicht um der schönen Augen seiner deutschen Unterdrücker willen, sondern aus Selbstbestimmungstrieb aufnahm und durchführt, haben die bestehenden Kreise Deutschlands nicht im entferntesten das gekifft, was sie hätten leisten können. Alles, was wir bisher auf diesem Gebiet erlebt haben, wird in den Schatten gestellt durch das Angebot des Reichsoberbandes der deutschen Industrie an den Reichsanführer Cuno. Dieses Angebot ist eine Kriegserklärung an Republik und Arbeiterklasse. Die Kriegserklärung des von den Herren Ernst von Borsig, Frh. Thyssen, Hugo Stinnes geführten Reichsoberbandes der deutschen Industrie ist eine genau so feindselige und verhängnisvolle Handlung gegen Deutschland wie die des Herrn Poincaré vom 11. Januar. Poincaré im Bunde mit Stinnes und Thyssen sind die Totengräber der deutschen Republik. Frh. Thyssen, der vor einigen Wochen ob seiner durch die Franzosen erfolgten Verhaftung in allen Tonarten der bürgerlichen Zeitungen als Märtyrer für die Sache des deutschen Volkes gefeiert wurde, unterstützt und empfiehlt die erpresserischen Vorschläge des Reichsoberbandes der Industrie. Die schwache und unsfähige Regierung des Herrn Cuno gegenüber deutscher Schwerindustrie und deutschem Finanzkapital hat uns dahin gebracht, daß wir heute vielleicht am Vorabend des Zerfalls des Deutschen Reiches stehen. Das Attentat der Schwerindustrie muß verhindert werden. Partei, Gewerkschaften und K.A.B.-Bund werden die Arbeiter aufrufen, für Forderungen einzutreten, die die Reichstagsopposition (oben in einer Interpellation im Reichstag eingebracht hat. Stellen wir dem fest und geschloßen aufstehenden Reichsoberband der Industrie die ebenso fest geschloßte proletarische Front entgegen. Die Sozialdemokratie ist sich ihrer Aufgabe bewußt. Sie wird dem Abwehrkampf Inhalt geben, gestützt auf das Vertrauen des Proletariats.

Die Rede Künzlers wurde mit stürmischem Beifall aufgenommen. In der Diskussion sprach Abg. Koenen (Komm.). Er erklärte sich mit dem Referat im großen und ganzen einverstanden. Was er sonst vorbrachte, war das übliche Gerede vom Verlangen der Sozialdemokratie. Im Schlußwort bemerkte Genosse Künzler, daß, wenn Koenen in der Hauptsache mit ihm und damit auch mit der Sozialdemokratie übereinstimme, die „Rote Fahne“ tagtäglich in einer Art und Weise beschimpfe, die im Gegensatz zu den Versicherungen Koenens steht. Die Resolution fand einstimmige Annahme. Der Vorsitzende Hennig schloß mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Partei und die neugegründete Internationalen.

In Lichtenberg.

In der dicht gefüllten Part-Kula des Realgymnasiums in Lichtenberg sprach der Genosse Robert Wisfell in nahezu zweistündigen festlichen Ausführungen, die nur ganz gelegentlich von kurzen belanglosen Zwischenrufen unterbrochen wurden. Der Zeit des langen Krieges, so begann der Redner, ist eine Zeit des friedlosen Friedens gefolgt, und man möchte als Ueberschreiter zum Eingang des Deutschen Reiches schreiben: „Loht alle Hoffnung fahren.“ Angestellte und Arbeiter können kaum viel erwerben, was sie nötig haben, alle freien Berufe befinden sich in schwerster Not, und Sozialrentner und Kriegsbeschädigte sind geradezu von dem Hungertode bedroht. Der Redner ging zunächst auf die eigenartige Lage Frankreichs und seiner daraus bedingten Stellungnahme zu dem ganzen Reparationsproblem ein und erinnerte daran, daß Frankreichs Schulden auf einen Betrag von über 300 Milliarden Franken angewachsen sind, was allerdings zum Teil daran liegt, daß Frankreich heute die größte Armee der Welt unterhält. Es darf aber auch nicht vergessen werden, daß durch den Wahnsinn des deutschen Militarismus in Frankreich 600 Kilometer Straßen, 2300 Kilometer Eisenbahnen, 29 000 Wohnungen vollkommen zerstört und 42 000 andere Behausungen schwer beschädigt worden sind, während 3500 industrielle Etablissements nahezu reiflos vernichtet wurden. Dem deutschen Arbeiter ist hieraus nicht nur eine rechtliche, sondern eine

moralische Pflicht zur Wiedergutmachung

ermachen. Deutschland muß deshalb alles tun, um Frankreich die Möglichkeit zu geben, die zerstörten und vernichteten Werte wieder aufzubauen. Andererseits ist im Auslande die Meinung, daß der deutsche Besitz bisher nicht im entferntesten zu den Kosten

beigetragen hat, die auf dem deutschen Volke ruhen, eine Ansicht, die man nicht widersprechen kann. Es hat also gar keinen Zweck, wenn die Regierung Cuno nur immer anbietet, sie muß — und das ist der Hauptkern des ganzen Problems — auch die Gewähr bieten, daß die, die wirklich zahlen können, auch zur Zahlung herangezogen werden. Der Abwehrkampf an der Ruhr wird nur nach mit größeren Zerstörungen enden, wenn wir nicht endlich den Mut und die Kraft haben, aus dem tragischen Beispiel des Jahres 1918 zu lernen. Die Regierung Cuno hat jetzt eine einzige Pflicht, nämlich sich die Garantie der Wirtschaft deutsch und einwandfrei zu verschaffen.

Das Steuerproblem

ist und bleibt die Solidarhaftung der deutschen Wirtschaft. Wenn jetzt plötzlich die Industrie das Reich und den Staat zumute, daß sie mit ihren Betrieben, dem Doppelt dessen ausbringen sollen, was die Industrie sich selbst zumute, dann stellt sich die Industrie damit ein merkwürdig berührendes Armutszeugnis einer geringen Leistungsfähigkeit aus, die in Wirklichkeit doch wohl nicht besteht. Andererseits steht die Arbeiter- und Angestelltenchaft am Ende ihrer Leistungsfähigkeit. Während sie vor dem Kriege nur 55 Proz. ihres Einkommens für Lebensmittel aufzuwenden hatte, muß sie jetzt 80 Proz. des Einkommens dafür aufwenden, kann aber noch nicht die Hälfte dessen dafür kaufen, was sie vor dem Kriege mit 45 Proz. kaufen konnte. Es bleibt uns nichts übrig, als daß wir, so bedauerlich es an sich ist, unsere Wirtschaftsführung durchsichtig machen, damit das Ausland Klarheit bekommt. Allerdings dürfen wir uns nicht verheßen, daß wir dann keineswegs goldenen Tagen entgegengehen, sondern daß das eine Politik auf lange Sicht ist, von der die wenigsten von uns selber noch profitieren können. Es muß uns darauf ankommen,

die Republik zu erhalten,

damit unsere Kinder und Nachkommen einmal bessere Zeiten erleben. Brausender Beifall lohnte den Redner, dem in der Diskussion nichts Wesentliches entgegengestellt werden konnte. Einem U.S.P.-Redner, der von unserer Partei forderte, daß sie die Parteipolitik über alles andere stellen müsse, konnte Genosse Wisfell unter dem lauten Beifall der Anwesenden erwidern, daß die Fortsetzung des einzigen Bestrebens habe, eine Politik zu treiben, die dem gesamten deutschen Volke, nicht aber einzelnen Parteien zugute komme.

In Charlottenburg.

In C. Manns Festsaal in Charlottenburg sprach Genosse Robert Schmidt. Die Versammlung war derartig überfüllt, daß viele Hunderte von Zuhörern sich mit Stehplätzen begnügen mußten. Der Redner führte unter anderem aus, daß die Ruhrbesetzung uns in eine schwere wirtschaftliche Bedrängnis gebracht habe. Die Reparationsfrage ist eine Frage von größter politischer Bedeutung. Man könne annehmen, daß Rathenau den richtigen Weg gefunden habe. Als die Sozialdemokraten am 21. Mai in das Kabinett eintraten, haben sie versucht, die Reparationsfrage in ein verständiges Gleis zu schieben. Er, Schmidt, habe den Befehl damals zu Leistungen herangezogen wollen. Als das Kabinett durch den Reichsoberband der deutschen Industrie berief, kam der damals schon mit Gegenforderungen, die vor allen Dingen die größere Leistungsfähigkeit der Arbeiterklasse, d. h. im industriellen Sinne die Beseitigung des Achtstundentages forderte. Als Cuno, der starke Mann, kam, läßen es für einen Augenblick, als ob er seine so als ganz anders gerühmten Beziehungen ausnützen könne. Aber bald setzten politische Kompensationen ein. Der Dollar fiel weg. Doch setzte die Kritik nie so scharf ein, wie damals, als noch Sozialisten im Kabinett waren. Es kam die Ruhrbesetzung. Die Sitzung der Welt war eine sozialistische Idee, aber was das bürgerliche Kabinett trieb, war nur Stützwerk. Die Stillungsaktion war ganz anders vorgeschlagen worden. Die Spekulation muß vertrieben werden. Die Zentralförderung des gesamten Deutscher Verkehrs ist notwendig. Die Ruhrbesetzung bringt eine ungeheure Belastung unserer Finanzwirtschaft mit sich. Als die Sozialdemokratie aus der Regierung trat, hatte Deutschland 1 Billion Schulden, jetzt hat sie deren zehn. Wir müssen die der Industrie angebotenen Kredite wertbeständig machen. Die Industrie fordert jetzt Freiheit der Wirtschaft, vollständige Beseitigung der Ausfuhrabgabe. Das letztere ist unter dem Minister Becker schon zum erheblichen Teil durchgeführt. Die Wöhne sind gering, die Gewinne sind nicht zurückgegangen. Die Industrie läßt Sturm gegen den Achtstundentag, den sie grundsätzlich wohl anerkennt, den sie aber durch Ausnahmen durchlöchern will. Zu unserer wirtschaftlichen Substanz gehört aber auch die Lebenskraft der Arbeiter; die muß erhalten werden. Das Angebot der Industrie dar nicht als freiwillige Gabe hingenommen werden, sondern es muß ein Zwang sein. Die Bedingungen müssen gestrichen werden. Die Sozialdemokratie hat schon able und schlimme Zeiten durchgemacht, aber sie hat niemals ihren Mut und ihre Arbeitskraft verloren. (Stürmischer Beifall.) — Als erster Diskussionsredner trat ein Kommunist auf, der gegen Cuno, Brandeburger, Grafmann, Roske und alle möglichen heulte. Zur Sache sprach er wenig. Er hatte nur einen Heiterkeitserfolg.

In Reinickendorf.

In den Bürgerläden Reinickendorf-Ost sprach vor völlig überfülltem Saal Landtagsabgeordneter Genosse Otto Meyer. In seinen Ausführungen zerpflückte der Redner die Voraussetzungen, an die die Schwerindustrie ihr Garantieangebot geknüpft hat, und kennzeichnete an Hand von Beispielen, wie der Steuerpolitik, die Opferbereitschaft der deutschen Privatwirtschaft. Der Redner ließ diese Ausführungen ausfließen in die Meinung, für den kommenden Kampf gerüstet zu stehen und einig zu sein. Er stellte das Reparationsproblem als das eigentliche Problem des proletarischen Klassenkampfes hin und forderte die Umstellung der bisher völlig verkehrten Innenpolitik, so bis Erfassung der Sach- und Geldwerte und die völlige Umänderung der Steuerpolitik. Der Redner fand mit seinen treffenden Ausführungen den vollen Beifall der Versammlung. Ein Kommunist versuchte sehr zaghaft Propaganda zu machen für die „Arbeiterregierung“ und die Kontrollausschüsse. Es war unserem Referenten ein Vergnügen, im Schlußwort die kommunistischen Auffassungen zu widerlegen. Daß die Kommunisten die Schwäche ihrer Position erkannten, beweist die Tatsache, daß die von unserem Genossen eingebrachte Resolution gegen eine Stimme angenommen wurde. Die Versammlung, die einen vollen Erfolg für uns bedeutet, wurde mit einem brausenden Hoch auf die U.S.P. und die neue Internationalen geschlossen.

Auch aus Wilmersdorf, Schöneberg und Steglitz wird ein glänzender Verlauf der Versammlungen gemeldet.

Wilder Streif in Oberschlesien.

Deutchen, 5. Juni. (M.B.) Im ober-schlesischen Industriegebiet kam es anfänglich der neuen Steuerungsweise zu Streiks unter den Bergarbeitern, Metallarbeitern und Transportarbeitern. Die Belegschaften von acht Großbetrieben stehen bereits geschlossen im Auslande, darunter die Breußengrube, die Hohenzollerngrube, die Johannschacht, Grube Reuhoff, die Heintzgrube, die neue Altkrieggrube, die Jullienhütte und die Karlsruhgrotte. Die Belegschaft der Castellengrube streikt zum Teil. Die Berufsorganisationen sämtlicher Gewerkschafts-einrichtungen ersuchen in einem gemeinsamen Aufruf die organisierte Arbeiterchaft, sich der Verleumdung wilder Streiks zu widersetzen und berufen für kommenden Sonntag eine Zusammenkunft aller Betriebsräte nach Kletow ein.

Gewerkschaftsbewegung

Der IGB. zur Berliner Konferenz.

In seiner Sitzung vom 30. und 31. Mai nahm das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes Stellung zu den Beschlüssen der Internationalen Transportarbeiterkonferenz, die am 23. und 24. Mai in Berlin stattgefunden hat und wüßte wir eine Kundgebung des Deutschen Verkehrsbundes und des Deutschen Eisenbahnerverbandes veröffentlicht haben. Das Bureau des IGB. nahm dazu folgende Entschliessung an:

Das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes hat die durch die Berliner Konferenz der Internationalen Transportarbeiterkonferenz sowie die Veröffentlichung des provisorischen Manifestes dieser Konferenz geschaffene Lage geprüft. Sowohl die Konferenz selbst als auch die Veröffentlichung des provisorischen Manifestes ist ohne Mitwissen des Bureau erfolgt und dieses kann deshalb auch keine Verantwortung dafür übernehmen.

Da die Resolutionen der verschiedenen Kongresse nur durch Kongressbeschlüsse abgeändert werden können, erklärt das Bureau, daß nur die Beschlüsse und Resolutionen der Kongresse des Internationalen Gewerkschaftsbundes die Haltung und die Propaganda des Sekretariats des Internationalen Gewerkschaftsbundes bestimmen können.

Im übrigen soll die Aktion des Internationalen Gewerkschaftsbundes im Geiste und dem Inhalt der Kongressbeschlüsse entsprechend fortgesetzt werden. Der Internationale Gewerkschaftsbund kann also nicht durch irgendwelche andere Beschlüsse gebunden werden, die außerhalb des Rahmens der von den angeschlossenen Landeszentralen festgelegten Politik gefaßt werden, über die sie allein zu entscheiden haben.

Der Internationale Gewerkschaftsbund ist im Sinne der Londoner Resolution immer noch bereit, mit den gewerkschaftlichen Organisationen Rußlands in Beziehung zu treten, jedoch unter Ausschluß der oppositionellen Rinderheiten der Amsterdamer Internationale angeschlossenen Landeszentralen und in Übereinstimmung mit den auf den Kongressen in Amsterdam, London, in Rom und im Haag angenommenen Resolutionen.

Der Internationale Gewerkschaftsbund ist immer noch davon überzeugt, daß die Einheit der Arbeiterbewegung im Rahmen der regulären Organisationen jedes Landes verwirklicht werden kann und soll, sowohl was die speziellen Aktionen als auch was die allgemeine Aktion zugunsten unserer Forderungen und der Befreiung des internationalen Proletariats betrifft.

Die nächste Sitzung des Vorstandes des IGB. findet am 3. und 4. August mit folgender Tagesordnung statt:

1. Tätigkeitsbericht. 2. Finanzlage. 3. Zusammenarbeit mit der politischen und der genossenschaftlichen Internationale. 4. Verhältnis zu den Kommunisten. 5. Anti-Kriegs-Propaganda. 6. Propaganda gegen die Reaktion im allgemeinen und dem Faschismus im besonderen.

Die nächste Bureauung wird auf Ende Juni anberaumt.

Zu dieser Angelegenheit schreibt uns der Vertreter des Russischen Eisenbahnerverbandes, Wischanoff, eine längere Erklärung, die eine Erwiderung auf die von uns veröffentlichte Erklärung der deutschen Organisationen ist. Die Erklärung bestätigt im wesentlichen die Darlegungen der deutschen Organisationen, soweit es sich um den Inhalt handelt. Der Polensitz gegen die Gewerkschaften, noch dazu in der von Wischanoff beliebigen, bei den Kommunisten üblichen beleidigenden Form Raum zu geben, haben wir keine Veranlassung. Wenn die russischen Gewerkschaftsbureauträger gegen die deutschen Gewerkschaftsorganisationen polemisieren wollen, dann mögen sie sich an die „rote Fahne“ wenden, die notorisch als ihre eigentliche Aufgabe den Kampf gegen die Arbeiterorganisationen betrachtet. Auf das dumme und verlogene Geschimpfe dieses Blattes oder haben wir erst recht keine Veranlassung einzugehen.

Die neuen Beamtendeckelungen.

Die am 4. und 5. Juni mit den Spitzenorganisationen der Arbeiter, Beamten und Angestellten geführten Verhandlungen hatten folgendes Ergebnis: Das Gesamteinkommen erhöht sich für Arbeiter, Angestellte und Beamte ab 1. Juni um 60% Proz. dementsprechend betragen die Lohnsätze für die Arbeiter in Lohngruppe I 2370 M., II 2810 M., III 2250 M., IV 2190 M., V 2157 M., VI 2183 M., VII 2109 M. Das Beamteneinkommen, bestehend aus Grundgehalt, Orts- und Alterszuschlägen sowie bisher 1700 Proz. Feuerungszuschlag und 16 000 M. Frauengzuschlag wird so erhöht, daß der Feuerungszuschlag auf 2000 Proz. und der Frauengzuschlag auf 32000 M. festgelegt werden. Die örtlichen Sonderzuschläge erhöhen sich automatisch auf 75 Proz. bis 1800 Proz. gegen bisher 45 und 1090 Proz. Die Zahlungsanweisung soll sofort, d. h. schon am 5. Juni, telegraphisch erfolgen. Die Verhandlungen wurden auch diesmal für Arbeiter und Beamte getrennt geführt.

Konflikt in der Damenmaßbranche.

Der Bekleidungsarbeiter-Verband schreibt uns: Seitdem in Hamburg im vergangenen Jahre der Streik in der Damenmaßbranche verloren ging und somit das Reichsschema dort seinen Eingang halten konnte, ist auch den Berliner Arbeitgebern der Kampf gescheitert. Sie suchten deshalb nach einer passenden Gelegenheit, um auch unser Schema beseitigen zu können und glaubten, daß die Situation im vergangenen Herbst für sie günstig sei. Aus diesem Grunde kündigten sie uns das Lohnschema-Leider wurden die damaligen Lohnverhandlungen nicht so abgeschlossen, wie wir es wünschten, doch gelang es dem Arbeitgeberverband nicht, sein Ziel zu erreichen.

Um das Versäumte nachzuholen und andere, inzwischen aufgetauchte Wünsche erfüllen zu können, wurde uns am 1. Mai die Kündigung des Lohnschemas und der Lohn- und Arbeitsbedingungen überreicht. Aus den uns von den Arbeitgebern gestellten Änderungsanträgen geht hervor, daß neben der Einführung des Reichsschemas die Streichung der Bezahlung für drei Feiertage erfolgen soll. Außerdem soll der Urlaub bei Kurzarbeit nur mit dem verkürzten Lohn vergütet werden. Weiter wird gewünscht, daß bei Kurzarbeit eine Vergütung von vier Arbeitsstunden nur einmal in der Woche in Frage kommt. Auch sollen günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen durch Streichung des letzten Satzes im § 9 beseitigt werden.

Wie aus dem Befragten zu ersehen ist, hat uns der Arbeitgeberverband eine ganz niedliche Speisekarte auf den Verhandlungstisch gelegt. Aber es wird sich zeigen, daß die Speisen nicht so heiß gegessen werden, wie sie geschaut sind. In der kurzen Zeit, welche uns noch zur Verfügung steht, müssen unsere Kollegen und Kolleginnen in den Betrieben die höchste Aktivität entfalten. Die Säumnigen müssen ausgeräumt und auch der letzte Unorganisierte für uns gewonnen werden. An unserer geschlossenen Front muß der Wille der Arbeitergeher zerschellen.

Zum Streik bei der Hochbahn.

Die Direktion der Hochbahngesellschaft teilt mit: Während der Verhandlung, die der Arbeitgeberverband mit der gewerkschaftlichen Vertretung der Angestellten und Arbeiter über die Löhne für die erste Junihälfte führte, legten die Belegschaften der Werkstätten und des Kraftwerks gegen 12 Uhr mittags die Arbeit nieder, weil ein bis dahin verlangter Vorschuß von 100 000 Mark nicht bewilligt war. Der Verhandlung wurde daher abgebrochen. Die Gewerkschaftsvertreter, gegen deren Willen diese Forderung der Verhandlung erfolgt war, haben dann direkte Verhandlungen mit den Arbeitern geführt, auf Grund deren gegen 1/6 Uhr der Hochbahnbetrieb wieder aufgenommen wurde. Die Lohnverhandlungen nahmen nach Aufnahme des Betriebs wieder ihren Fortgang.

Somit die Mitteilung der Direktion. Worüber die Direktion der Hochbahn sich aber auszuwählen, das ist ihr Verhalten in allen Lohnfragen, und zwar nicht nur seit heute und gestern, ein Verhalten, das solche spontanen Bewegungen geradezu provoziert. Die Berliner Hoch- und U-Bahngrundbahn ist eines unserer wenigen Verkehrsinstitute, das sich glänzend reniert. Aber das geschieht vornehmlich auf Kosten des Personals, das erheblich schlechter bezahlt wird als die gleichen Berufsgruppen in öffentlichen wie in Privatbetrieben. Angesichts der katastrophalen Teuerung der letzten Wochen und während die Angestellten, Arbeiter und Beamten in öffentlichen Betrieben 66% Proz. Zulage erhielten, schleppt die Hochbahndirektion die längst fällige Lohnverhöhung hin, treibt das Personal zur Verzweiflungsausbrüchen und gefährdet damit den öffentlichen Verkehr.

Konflikt im Einzelhandel.

Die Handelshilfsarbeiter, die im Deutschen Verkehrsbund organisiert sind, haben der Arbeitgeberorganisation eine Forderung für den Monat Mai um 40 Proz. eingereicht. Die Einzelhandelsorganisation hat daraufhin jede Verhandlung abgelehnt. Der Schlichtungsausschuss, welcher von Arbeitnehmerseite aus angerufen wurde, hat am Montag nach langen Beratungen folgende Entscheidung gefaßt:

Von der laufenden Lohnwoche ab, in welche der 4. Juni fällt, werden die Löhne folgendermaßen geregelt: für Verheiratete mit Kindern 120 000 M. pro Woche, für Verheiratete ohne Kinder 118 500 M., für Ledige 117 000 M. Die Funktionärerverammlung, die am gleichen Tage stattfand, hat sich mit dem Schiedspruch beschäftigt. Volkmeyer vom Deutschen Verkehrsbund, welcher eingehend auf die Forderungen und die Beratungen des Schlichtungsausschusses einging, empfahl, den Schiedspruch abzulehnen; die Funktionäre haben darauf den Schiedspruch abgelehnt und beschlossen, daß die Organisationsleitung umgehend Verhandlungen vor dem Demobilisationskommissar nachsucht. Die Betriebsvertretungen einzelner Betriebe werden selbständig über den Schiedspruch hinaus ihre Forderungen bei den einzelnen Geschäftsleitungen einreichen. Es besteht die Gefahr, daß auf der ganzen Linie ernste Komplikationen ausbrechen.

Die Lohnbewegung im Großhandel.

Der Deutsche Verkehrsbund teilt mit: Auf Grund der Ende Mai eingetretenen katastrophalen Verteuerung aller Lebensmittel hatte die Leitung der Sektion III des Deutschen Verkehrsbundes in allen Branchen untertätig die Forderung auf Nachverhandlungen für die zweite Hälfte des

Monats Mai und Verhandlungen für die erste Junihälfte eingereicht. Diese Verhandlungen sind in den Gruppen: Emaille, Export, Altmittel, Glas und Keramik, Uhrengroßhandel und Elektrotechnik, Großhandel zum Abschluß gekommen.

Es wurden folgende Löhne vereinbart: Export 133 500 M. und 80 000 M. Wirtschaftshilfskräfte, Altmittel 125 000 M. und 60 000 M. Wirtschaftshilfskräfte, Glas- und Keramik 120 000 M. rückwirkend ab 28. Mai, Elektrotechnik 120 000 M., Emaille 70 Proz. Lohnverhöhung. Die neuen Tarifverträge können gegen Vorzeigung des Mitgliedsantrages im Bureau des Deutschen Verkehrsbundes, Engelwälder 24/25, II. Zimmer 28, in Empfang genommen werden.

Für die Gruppe Eisen- und Stahlhandel (Gruppe Neuhäus) finden die Verhandlungen am Donnerstag und für die Gruppe Kurz-, Galanterie- und Spielwaren sowie Eisenwaren- und Werkzeugmaschinenhandel am Mittwoch statt. Nur im Hütten- und Eisenhandel und in der Feinkeramischen Industrie stehen Verhandlungen noch aus. In diesen Gruppen empfehlen wir den Kollegen, ihren Arbeitgebern mitzuteilen, daß sie mit den gegenwärtigen Löhnen nicht mehr auskommen. Die Organisation wird alles tun, um auch für diese Gruppen schnellstmöglich neue Löhne abzuschließen.

Proteststreik.

Vom Deutschen Verkehrsbund wird uns mitgeteilt:

Verschiedene Telegraphenbauabteilungen von Groß-Berlin sind gestern in den Streik getreten, weil die Reichsarbeiterlöhne ungenügend sind. Die stattgefundenen Funktionärskonferenzen beschloß, bis zum Ergebnis der Abstimmung passiv Resistenz zu üben. Die Abstimmung findet morgen statt.

Achtung Zimmerer! Unsere am Montag abgehaltene Zahlstellenversammlung hat der Vereinbarung mit den Arbeitgebern vom 2. Juni ihre Zustimmung gegeben. Auch die Arbeitgeberorganisationen haben diesem Abkommen zugestimmt. Es erhöht sich somit der Lohn vom 4. bis 13. Juni auf 8200 M. und vom 14. bis 20. Juni auf 8700 M. Die Werkzeugmaschinenfabrik erhöht sich ab 7. Juni auf 1 1/2 Proz. des jeweiligen Stundenlohnes. Desgleichen treten vom 7. d. M. die im neuen Ortstarifvertrag festgesetzten Lehrlingsentlohnungen in Kraft.

Die Auszahlung des erhöhten Lohnes erfolgt erstmalig am Freitag, den 8. d. M.

Die Lohnverhandlungen im Tapezierergewerbe sind erneut gescheitert. Der Schlichtungsausschuss tagt Donnerstag. Vollversammlung für Tapezierer findet Donnerstagabend 7 Uhr bei Boeker, Weberstr. 17, statt.

Einladung der Angestellten, Gemeinde-, Verwaltungsgewerkschaften, Mitgliebersammlung heute abend 7 Uhr Sophienstraße, 17-18. Funktionärerversammlung heute nachmittags 3 Uhr. Deutscher Verkehrsbund, Sektion I, Einzelhandel. Die am Mittwoch stattfindende Mitgliebersammlung in den Zentralstellen, Alte Jakobstraße, wird über die weitere Erlaubnisnahme entschieden. Bekleidungsarbeiterverband, Damen-, Kinder-, und Kostümkonfektion. Mitgliebersammlung Freitag abend 6 Uhr in der Schule Kochstr. 13. Tagesordnung: Bericht von den Verhandlungen mit den Arbeitgebern und Beschäftigten. Mitgliebersammlung legitimiert.

Verantwortlich für Politik: Victor Schiff, Berlin; Wirtschaft: Viktor Grotewitz, Friedrichshagen; Gewerkschaftsbewegung: J. Stinner, Berlin; Funktionäre: R. D. Döber, Berlin-Wilmersdorf; Lokales und Sonstiges: W. G. Böhm, Berlin-Dahlem; Anzeigen: Th. Gieseler, Berlin; Berichterstattung: Bornhörs-Bericht G. m. b. H., Berlin; Druck: Bornhörs-Buchdruckerei und Verlagsanstalt: Paul Singer & Co., Berlin S. O. 68, Lindenstraße 3, Straß 1, Weisensee.



Chokolade-Likör
Noisettes
DER BEVORZUGTE LIKÖR DER DAME
Landauer & Macholl
HEILBRONN

Vertreter: Carl Kast, Potsdam, Blumendammstr. 3. Fernspr.: Amt Potsdam Nr. 366. Carl Gaddum, Berlin-Wilmersdorf, Hohenzollernstr. 183. Fernsprecher: Amt Plötzberg Nr. 6813.

Theater, Lichtspiele usw.

- Opernhaus**
Im Rahmen d. Osterreichen Woche
7 Uhr:
Schatzgräber
- Schauspielhaus**
7 1/2 Uhr:
D. arme Vetter
- Theater I. d. Königsgrätz, Str. 8:**
Der wunderl. Geschichtl. II. Teil Kreisl. Bekkenstor
- Berliner Th.**
7.30 Uhr:
Mädi
- Residenz-Th.**
Tägl. 9 Uhr:
Die Entlassung
- Kleines Th.**
Heute 7 u. 9 1/2 Mal:
Das blonde Gift
- u. U. Trianon-Th.**
Komedie
v. Ruckay
Musik von L. H. A. R.
- u. U. Central-Theater**
Die dumme Liebe
Operette - Musik
von Vikt. Hoffmayer

Deutsch. Opernhaus
7 1/2 Uhr: **Tosca**
Friedr.-Wilhelmst. Th.
Tägl. 8 Uhr:
Die blonde Ratte
Groß-Volksoper
im Theat. d. Westens
8 Uhr: Julius Caesar
in Theat. d. Westens
8 Uhr: Diplomat im Dienst
D. blaue Pyjama etc.
Lustspielhaus
8 Uhr:
Die blaue Hawaii
Metropol-Theater
7 1/2 Uhr: Die Schöne
der Frauen
Vorverk ununterb.
Neues Th. am Zoo
Tägl. 8 Uhr:
Der Lebtküchler
des Fridericus Rex
Neues Volks-Theater
7 1/2 Uhr: Die Fahrt
nach Orplid
Renaissance-Theat.
8 Uhr: Kampf der
Geschlechter
Schiller-Th. Charl.
8 Uhr: **Süße Susi**
Thalia-Theater
Tägl. 8 Uhr:
Die rot. Katze
Th. u. Nollendorpl.
Tägl. 7 1/2 Uhr:
Die schöne Rivalin
7 1/2 Wallner-Th. 7 1/2
Der sensationelle
Operettenerfolg!
Des Königs Kuchbario

Casino-Theater
11. Die Schöne-Pose 11
Keiraten mußte!

WINDGARTEN
Varietè-Spielplan I
Rauchon gestattet!

Zielka
Friedrichst. 60
Ecke Leipziger Str.
Varietè / Kabarett
in Helters-Spieler
Margaretenaal
Nachm. 4 1/2 Uhr
Abends 7 1/2 Uhr
Hervorragendes
Juni-Programm
Abends ab 10 1/2 Uhr
Eintritt frei!

Berliner Prater
Kastanien-Allee 7-9
Tägl. 8 Uhr:
Die schöne Liselott
Operette in 3 Akten
Luz.: Das große
Varietè-Programm

Urania
Alt-Berlin
In der Haderstraß

Pliothosen
schwarz und gestr.
Kammg., Breches,
a. feinstem Ägypten.
Hosenfabrik
W. Löwenberg,
Neue Promenade 7.

Reichshallen-Th.
Abend. 7 1/2 Uhr,
Sonntag abend. 10,
halbe Preise
Stettin.
Sänger
Eintritt
8 1/2 Uhr

Ein grauer Kopf
macht 10 Jahre
älter! Gr. Haare
erhalten, die frühere
Farbe wieder durch
„Alcolin“, in
allen Farben
M. 6500 und 8500.
In Regie, sonst bei
Otto Reichel,
Berl. 43,
S. Eisenbahnstr. 4

Parzellen
in Motzenmühle
a. 875 000 M. an 216
Acker, 216 Hekt.
Zigaretten
Gulaby, Jutti, Talm,
Paklen, Talm, Pötkow
und andere feinsten Marken.
Melsener, Nacati,
Grüner Weg 85
(Andreasplatz)

**Marken und andere
Zigaretten**
Bei **Ad. Nagel**
Hermannplatz 8
Streich 500K.

Rennen zu Hoppegarten
Mittwoch, den 6. Juni,
nachmittags 3 Uhr

Admirals-Varietè
Berlins
A 8°° bestes Programm
sichern Erfolg!

Jedermann besucht die erste
Deutsche Mittelstands-Ausstellung
im Sport-Palast, Potsdamer Straße 72
3.-10. Juni 1923

Geöffnet 11-8 Uhr
Eintritt M. 500,-
„Soziale Ausstellung“
Verkau Nachmittagskonzert

Buchhdl. Vorwärts
Berlin SW, Lindenstr. 2

**Sonntage eines
Großstädtlers
in der Natur**
Von Kurt Grotewitz
Mit einem
Vorwort
von
Wilhelm Bölsche
Preis-Grundzahl
gebund. M. 1.-
broch. M. 0.50

**ZUR
WELTLAGE!**

**Die Offensive des Kapitals
und die Einheitsfront des Proletariats**
von Z. LEDER

Die Liquidation des Versailler Friedens
von KARL RADEK

Nach Genua und Haag
von KARL RADEK

**Die neue
ökonomische Politik Sowjetrußlands
und die Weltrevolution**
von L. TROTZKI

**Der Kampf
der kommunistischen Parteien
gegen Kriegsgefahr und Krieg**
von CLARA ZETKIN

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen oder direkt vom
Verlag Carl Noym Nachf. Louis Cohnbley, Hamburg 4

Die Feuerbestattung.

Die technische Einrichtung der Krematorien. — Der kommunale Einheitsfarg für Berlin.

Zu den zahlreichen Aufgaben Berlins gehört auch die Bearbeitung des Bestattungswesens. Die Anforderungen, die hier gestellt werden, sind mit dem Ansteigen der Bevölkerungsziffer ständig gewachsen. Neben der altüberbrachten Erdbestattung findet die Feuerbestattung immer mehr Anklang.

Das Feuerbestattungsgesetz.

Nach Paragraph 2 des Feuerbestattungsgesetzes vom 14. September 1911 „darf die Genehmigung zur Einäscherung nur Gemeindevorständen übertragen werden, denen die Sorge für die Beschaffung der öffentlichen Begräbnisplätze obliegt.“ Preußen hat sich lange getraut, ein solches Gesetz zu erlassen. Schon 1856 lag dem Abgeordnetenhaus eine Petition um Einführung der allgemeinen Leichenverbrennung vor, über die jedesmal zur Tagesordnung übergegangen wurde, bis schließlich die wenigen sozialdemokratischen Vertreter vor dem Dreiklassenparlament das Feuerbestattungsgesetz durchsetzten. Bis Ende Juli 1921 bestanden in Deutschland etwa 55 Krematorien. Berlin besitzt zurzeit drei betriebsfähige Krematorien und ein weiteres ist im Bau begriffen. Das neuerbaute in Wilmersdorf, wurde Anfang Mai seiner Bestimmung übergeben. Ueberschüsse sollen aus diesem Unternehmen nicht erzielt werden, aber die Gebühren sind so zu bemessen, daß sie die Kosten der Einrichtung einschließlich Verzinsung und Tilgung, der Erhaltung und Verwaltung der Anlage decken. Diese Bestimmung führt naturgemäß zu fortwährenden Erhöhungen der Gebühren, die oft schon dann wieder überholt sind, wenn sie die Genehmigung der obersten Instanz gefunden haben.

Die Verbrennung.

Verfolgt man einmal einen solchen Verbrennungsakt, ist man überrascht von diesem Prozeß. Ueber die Banart des Einäscherungsraumes bestehen in weiten Kreisen ganz falsche Ansichten. Der Ofen ist vollständig aus Chamottesteinen gebaut und besteht aus folgenden Hauptteilen: Kotsaugerzeuger, Verbrennungsraum, Aschensammelraum, Gas- und Luftzügen und dem Schornsteinkanal. Der Verbrennungsraum ist so groß, daß ein Satz in der vorgeschriebenen Größe von 2 Metern Länge, 75 Zentimetern Breite und 72 Zentimetern Höhe bequem darin Platz hat. Unter dem Aschensammelraum sind die Züge für die Zuführung der frischen Luft und zur Abführung der bei der Einäscherung entstandenen Gase angeordnet. Der in Betrieb genommene Ofen wird jeden Tag neu angeheizt, nachdem zuvor der Generator von anhängenden Schlacken befreit, der Ofenrost gereinigt und die Wasserfänge frisch gefüllt worden ist. Vier Stunden vor der ersten Einführung wird der Generator noch und noch mit 10 Zentnern Koks beschickt, bis die Chamottewände hellrot glühen und folgen, daß die vorgeschriebene Erhöhung von 1000 Grad Celsius erreicht ist. Durch verschiedene Schieberstellungen wird nun die Koksflamme aus dem Verbrennungsraum zurückgezogen. Jetzt erst ist der Ofen zur Arbeit bereit. Die große Ofentür wird geöffnet, der vordere Teil des Wagens, der aus einer Schienengabel besteht, wird mit dem Sarg in den Verbrennungsraum gerollt, hier abgesetzt, der Wagen auf seinen früheren Standort zurückgezogen und die Ofentür wieder geschlossen. Der Holzarg entzündet sich in der heißen Luft und verbrennt mit heller Flamme. Der Zinnsarg schmilzt im Augenblick, und das durch den Rest und die schiefe Ebene herablaufende flüssige Zink wird aufgefangen und sofort entleert. Von einem erwachsenen Menschen bleiben 2 bis 2½ Kilogramm Asche. Diese wird nun mit einer Chamottennummer in einem bereitgestellten Blechbehälter, der mit Registernummer und den Personalien des Verstorbenen versehen ist, gefüllt. Alsdann wird der Behälter verlötet und in den Aschenaufbewahrungsraum gebracht. Es darf kein Sarg angenommen werden, an dem nicht ein Etikett mit dem Namen des Verstorbenen sowie Tag und Stunde der Einäscherung angebracht ist. Im Urnenhain wird schließlich die Asche beigelegt.

Im Foyer des Berliner Rathauses prangte vorgestern zur Aufklärung und Belehrung der dort zu Ausschüßberatungen versammelten Stadtverordneten der kommende Groß-Berliner kommunale Einheitsfarg. Ein städtischer Ausschüß beschäftigte sich mit der von uns schon besprochenen Vorlage über die Verbilligung des Bestattungswesens. Trotz großer Schmerzen der Rechtsparteien, die den vollkommenen Bankrott und Untergang der edlen Tischlermeisterzunft ob solcher

umstürzlichen Pläne des Magistrats schon kommen sahen, wurde die Vorlage mit unbedeutenden Abänderungen schließlich doch einstimmig angenommen, weil die Not am Ende doch alle drückt. Der Groß-Berliner Querschnitt (so genannt nach der normalen Höhe von 50 Zentimetern, die nach Aussage eines demokratischen Sachverständigen für allzu umfangreiche Herren nicht ausreichen soll) wird also in absehbarer Zeit in Funktion treten. Leute, die einen etwas höheren und besser ausgestatteten Sarg haben wollen, werden eben mehr zu bezahlen haben. Hoffentlich wird ihnen das Sterben dafür etwas leichter.

Die Landstraße.

Vor einem Menschenalter schien es, als sollte die Landstraße für überflüssig erklärt werden. Die allerorts ausgeführten Kleinbahnen nahmen die Menschen und die Güter auf, die sonst von Wagen auf den Landstraßen befördert wurden. Dann kam das Fahrrad auf und mit einem Male waren die Straßen bevölkert denn je; man sparte Geld und tat noch ein übriges für die Gesundheit, wenn man fleißig in die Pedale trat. Das Automobil vollendete, was das Fahrrad begann. Die Landstraße wird jetzt die bitterste Notwendigkeit für den riesenhaft anschwellenden Verkehr. Das Reisen im Automobil wurde eine neue Mode, und es gab auch unter diesen Touristen eine ganze Anzahl verständiger Menschen, die den von dem Poeten Bierbaum in seiner ersten deutschen Autofahrtsbeschreibung (Berlin—Sorrent) aufgestellten Unterschied zwischen Kasse- und Reisewagen anerkannten. Wer das Glück hat, draußen auf dem Lande an einer Landstraße zu wohnen — weit genug ab von ihr, als daß der Staub in trockenen Tagen lästig werden könnte — hat Gelegenheit, das Treiben auf der modernen Landstraße zu beobachten. Ganz früh kommen die Kaddler, die sich aus den Dörfern und Einzelgehöften zur Arbeit begeben, später folgen die Auto-Lastwagen, Kasse, Bier, Brennmaterial, Baumstämme usw. befördernd, dann wird es am Vormittag ruhiger. Der Arzt und der Tierarzt begeben sich auf ihre Tour in kleinen Selbstfahrmotoren, ein paar Touristenwagen eilen in vernünftigem Tempo vorüber, da plötzlich ein Höhenlärm: Ein Kilometer „freessender“ Automobilist ist auf der Bildfläche erschienen und alles flüchtet vor dem Ungetüm. Abends ist die Verkehrsfolge die umgekehrte: die Arbeiter, Angestellten und Geschäftsherren streben vom Zentrum wieder auf ihre Siedlungen und die Touristen und Geschäftsreisenden kehren zur Großstadt zurück. Zweier Landstraßengruppen soll aber noch gedacht werden: der Zigeuner und der Schausteller. Auch die letzteren sind sehr oft Automobilisten, da ihre Karawellen, Schausteln, Buden usw. heute wie alles ins Gigantische gewachsen und Pferdefleisch und Hafer recht teuer sind. Das scheinen sich auch die Zigeuner zu sagen, denn meist haben sie häßliche Pferde — wenigstens dem Aussehen nach —, von denen sie aber recht bedeutende Leistungen verlangen.

Abgesehen von lustigen Wandervögeln, die genau so wie es die Leute zu Großvaters Zeiten auch taten, auf Schusters Pappen reisen, herrscht doch der von der Maschine vermittelte Verkehr auf der Landstraße vor. Er hat ihr das Gepräge aufgedrückt. Die gutgepflegte Chaussee von heute hat nichts mehr gemein mit jenen „ihnlischen Landstraßen“ vergangener Jahrhunderte, auf denen das Reisen alles andere als ein Vergnügen war.

Ein „Mädchenfreund“.

Ein gefährlicher „Freund“ junger Mädchen hatte sich vor dem Schöffengericht Schöneberg wegen Verführung einer Minderjährigen und wegen Kuppel zu verantworten. Die Anklage richtete sich gegen den Kaufmann Wilhelm Seiffarth, der in der Schwäbischen Straße 17a eine Wohnung innehatte. Es ist dieselbe Wohnung, die vor ihm Frau Helene Spanier, mit der der Angeklagte seinerzeit gemeinsam Kommissionsgeschäfte betrieben hatte, bewohnt hat.

Die Mieter des Hauses waren infolge des auffälligen Treibens in dieser Wohnung zusammengeirret und hatten beschlossen, durch

den Mieterat eine Anzeige bei der Staatsanwaltschaft gegen Seiffarth zu erstatten. Eine von der Kriminalpolizei vorgenommene Hausdurchsuchung förderte ein pornographisches und sabotisches Museum zutage. Ein Notizbuch enthielt über 100 Mädchenadressen. Die in der Verhandlung vernommenen Mieter des Hauses gaben an, daß der Angeklagte fast täglich mit jungen Mädchen, die Köpfe mit großen Schleifen trugen, das Haus betreten habe. Desser fanden sich auch noch andere Kavaliere ein und Weingelage, unterbrochen von Peitschenknallen, Schreien und Hilferufen aus der Wohnung, ließen die Mitwähler nachts aus dem Schlafe fahren. Besonders trüb lag der Punkt der Anklage, nach welchem Seiffarth eines Tages am Bayerischen Platz ein 15-jähriges Mädchen angeprochen, sich ihr durch seine Visitenkarte als Direktor einer Filmfabrik vorgestellt und sie gefrotzt hatte, ob sie nicht bei ihrer guten Figur und ihrem guten Filmgeschäft Filmschauspielerin werden wolle. Das Mädchen befuhrte denn auch den „Herrn Filmdirektor“ eines Sonntags in seiner Wohnung, um dort angeblich Filmregisseuren vorgestellt zu werden. In der Wohnung wurde sie mit Kaffee, Torten und Likören bewirtet, bis sie schließlich dem Zureden und der Verführung des Angeklagten, eines im übrigen recht unansehnlichen, kleinen und häßlichen Mannes mit großer Brille und stehenden Augen, zum Opfer fiel. Als sich die Folgen des Verkehrs bei dem jungen Mädchen einstellten, offenbarte es sich der Mutter. Das von dem Angeklagten sofort ausgestellte schriftliche Heiratsversprechen konnte die Mutter nicht verhindern, Strafanzeige zu erstatten. Der Staatsanwalt gefielte scharf die Gefährlichkeit derartiger Leute, die gerade die Jugend des Bayerischen Platzes unsicher machen und beantragte gegen den Angeklagten eine Gefängnisstrafe von drei Monaten, die in eine Geldstrafe von 6 Millionen Mark umgewandelt werden sollte. Das Gericht nahm an, das Vorhaben der Unzucht aus Eigenmuth nicht erwiesen sei, so daß Freisprechung von der Anklage der Kuppel erfolgen mußte. Dagegen wurde der Angeklagte Seiffarth wegen Verführung zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt und diese Strafe in 600000 Mark Geldstrafe umgewandelt.

Der Frauenmord in der Wafmannstraße.

Zuchthaus für die Täter.

Ein mit ganz besonderer Grausamkeit ausgeführter Raubmord, bei dem nach dem ärztlichen Gutachten das Opfer eine Stunde sich in Todesqualen gewunden haben muß, beschäftigt jetzt das Schwurgericht. Angeklagt waren der Händler Sädike und der Arbeiter Bierbach wegen Mordes an dem Straßenmädchen Olga Witt.

Am 2. Oktober 1922 wurde das Straßenmädchen Olga Witt in ihrer am Keller des Hauses Wafmannstr. 32 gelegenen Wohnung tot aufgefunden. Die Tat war an Händen und Füßen gefesselt und um den Mund hatten die Mörder ein Halstuch geschlungen, um die Ueberfallene am Schreien zu verhindern. Dann hatten sie ihr Opfer noch mit einer starken Wäscheleine an die Bettpfosten gefesselt. In dieser entsetzlichen Stellung ist das Mädchen dann langsam erstarrt. Sämtliche Sachen der Ermordeten waren geraubt. Schon am nächsten Tage stellte sich der Angeklagte Sädike selbst der Polizei, und auf Grund seiner Angaben wurde dann auch Bierbach verhaftet. Der Hauptankläger zu der Tat ist der 19 Jahre alte Bierbach gewesen, ein entpurrungserfüllter Fürsorgezögling, der im Juni aus der Anstalt geflüchtet war und seitdem unangemeldet allenthalben nächtete. Der Prozeß entrollte in seinem Verlauf ein trostloses Sittenbild aus den tiefsten Schichten des Drogen- und Zuhälterums. Der jetzt 20jährige Bierbach bestritt, daß er die Absicht gehabt habe, die Witt zu töten. Nach seiner Behauptung habe diese auch noch gelebt, als sie die Wohnung verlassen. Diese Behauptung steht sehr im Widerspruch mit den Feststellungen der Sachverständigen, wonach die Witt längst erstarrt sein mußte. Der Angeklagte behauptete weiter, daß er der Witt 5000 M. zur Aufbewahrung übergeben gehabt hätte und daß diese ihm das Geld nicht habe herausgeben wollen. Er habe sich schweigend mühen, weil er bei einer Anzeige Gefahr gelauten wäre, daß seine Adresse entdeckt werde und daß er wieder in die Fürsorgeanstalt zurückgebracht worden wäre. Es sei ihm nur darauf angekommen, von der Witt sein Geld zurückzubekommen, und er habe sie nicht berauben wollen. Wegen dieses Verhaltens der Witt habe er gegen dieselbe eine ungeheure Wut gehabt. Die weitere Beweisaufnahme ergab nichts Wesentliches. Die Geschworenen verneinten die Fragen nach Mord und Totschlag, bejahten bei beiden Angeklagten aber die Frage nach Raub mit Todeserfolg. Das Gericht verurteilte daraufhin Kurt Bierbach, den es als den Anführer zu der Tat betrachtete, zu 14 Jahren Zuchthaus und Sädike, bei dem angenommen wurde, daß er infolge seiner unglücklichen Familienverhältnisse leicht beeinflussbar gewesen sei, zu 11 Jahren Zuchthaus unter Einrechnung der Untersuchungshaft.

(Copyright by Wegweiser-Verlag Berlin.)

Als die Wasser fielen.

Von Otto Rung.

Aus dem Dänischen von Erwin Magnus.

Er genoh diesen aus allen Poren des Schiffes rieselnden Laut, den ersten frischen Laut vom Morgen aller Zeiten, der wie Quellenstrudel und laufende Wogen klang.

Das nasse Deck schien fast eine Fläche mit der See zu bilden, der Hafen lag blank wie der frischgeschneuerte Fußboden da, dessen er sich von den Morgenstunden in seinem Heim entsann: Säulen in allen Gängen und die fleißig schauernden Mädchen. Und dort, an der niedrigen Tafelung des feuchten Bolkwerks entlang, lagen die Böden des Hafens wie Spielzeug, das die Kinder am Abend vergessen hatten.

Er ging munter umher und gab seinem Mann Aufträge. Hier sollte eine Kette freigemacht, da ein verfaulter Perlenring abgerissen, dort eine Stag gestrafft oder eine Wam mit Kabelgarn gepfleist werden. Für einige Tage erhielten sie Hilfe von einem Seemann, den Matti durch seinen Freund, den Tütwiermann im Keller oben in Nyhaon, verschaffte. Es wurde gezimmert und gesägt, die Kojen aus der Deuterkajüte entfernt und das Skylight über den Rahmen der Bordeluke gebaut. In der Lampenkammer hatte Gude Gefäße mit weißer und grüner Farbe gefunden. Trotz allem konnte noch eine Wohnung aus „Beß Ruthby“ werden.

Matti warf eine Leine über den Bug des Schiffes, und darin, wie in einer Schaukel hängend, begann er die abgeseuerte Rase der Gaskantenfigur mit Zinkfarbe schneeweiß zu malen.

Es war eine Dame, wahrscheinlich Beß Ruthby selber, wer sie auch immer sein mochte, deren Goldhaar fahnenartig um den Steven des Schiffes flog. Hier hatte ihre Stirn hundert Jahre lang Sturzseen gespaltet, ihr Mund Salz geschmeckt. Und sie hob ihre beiden Brüste, eine Steuerbord und eine Backbord, trotzig, bewußt, als wären sie es, die dem Schiffe Gleichgewicht und Ballast auf See gaben!

Der März war jetzt weit vorgeschritten. Das letzte Treibeis hatte seine Kämme in grünem Bruch gegeneinander erhoben und war untergetaucht, um in See zu stehen. Als

Gude jetzt am frühen Morgen an Deck kam, teilte sich gerade der Frostnebel und wogte fort wie schneeweiße, von der graudenen Sonne bekauchtete Dämpfe. Wie die Dunkelheit aus der Erde emporgeströmt war, so sog die Tiefe nun die Nebel ein. Hier stand er auf seiner Arche und sah die Wasser fallen.

Schon erhob ein Wald von Schiffsmasten seine Spitzen, die von der Sonne über dem Nebel vergoldet waren. Christianshavn entkalkterte seine Türme, zuerst die goldene Spirale der Erbsentürme und nun auch die irischgrüne Laterne unter der Turmpitze der Deutschen Kirche. Langsam tauchte der Hafen aus Wölfen auf, die steilen Giebel des grönländischen Badhauses, die beiden stolzen Paläste des asiatischen Platzes. Und jetzt wurden die alten Bolkwerke des Trangrabens frei, auf denen die niedrigen gelben Zellen, die ziegelgedeckten Buden, wie ihrer Schachtel Minomene Spielflöhe, standen. Die Schnalensbeine der Krane spreizten sich über Hausen aufgespeicherter Kohle. Jetzt wurde auch die See, blaugrün und blank, hinter den Nebelstreifen sichtbar. Ein leichter Ostwind kausie in der Tafelung der Bark, Möwen lösten sich wie Schneeflocken aus dem Nebel und hingen still über dem Schiffe, obwohl es wehte.

Doch der Hafen erwachte nicht. Seite an Seite lagen die hunderter von ausgelegten Schiffen. In den Kanälen jenseits des Hafens standen die Masten der Segelschiffe mit schrägen Rahen in Reih und Glied. Kein Schornstein rauchte. Der Hafen lag tot da, nur ein Bagger gurgelte mitten im Strom seinen Schlamm pfätschernd in einen Leichter.

Als er an Deck kam, sah er, wie ein gelber Hund von Bord lief. Er strich über die Laufplanke und verschwand hinter dem Backhaus. Matti hatte ihn schon früher an Bord gesehen. Wahrscheinlich hatte er seinen Aufenthalt in einem Raum achtern und lebte von Ratten und Raub. Offenbar hatten Obdachlose jeder Art jahrelang das ausgeblendete Schiff aufgesucht. Dieser herrenlose kleine Hund war der letzte blinde Passagier an Bord. Gude ließ ihn in Ruhe.

Er hatte sich in den vorderen Räumen eingerichtet. Das abrige Schiff benutzte er nur als Promenadendeck. Unter das Skylight hatte er seinen Arbeitstisch gestellt. Die Wände waren mit allen Seekarten bedeckt, die er in der Kassenbank des Schiffers gefunden hatte. Dekorativ genug waren sie. Er konnte sich über Karten und Balken, zwischen Untiesen und Rissen in Kattagat und Ostsee, diesen heimlichen Gewässern,

die er in seiner Kadettenzeit mit dem Schusschiff besahren hatte, hinduraspellen.

Zu seiner Arbeit fand er jetzt viel mehr Ruhe als früher. Um Besuchern zu entgehen, behielt er seine Hoteladresse bei und ließ sich alle Post durch den Portier zuschicken.

Er war noch lange nicht fertig mit der Sortierung der russischen Konjunkturschilde. Nur wenig war aus dem großen Zusammenbruch im Osten zu retten gewesen. Er hatte selbst einen Teil gesammelt, der ihm von Petrograd und Kossau nach Archangelst gebracht und allmählich heimlich über die Grenze geschafft worden war, ehe er schließlich selbst seinen Posten räumen mußte.

Noch immer hatte er endlose Konferenzen mit den Bureaus des Außenministeriums. Er war der einzige Sachverständige bei der Ordnung des losgerissenen und weit verstreuten Materials. Eine Zeilang hatte ihn das Ministerium zudem auf eine Orientierungstreife nach den neugebildeten Randstaaten von der baltischen Küste bis zu den Karpaten geschickt. Endlich waren ihm als Erpct in finanziellen Angelegenheiten und mit besonderer Einsicht in maritime Verhältnisse andere Aufträge erteilt worden.

Er war zu einer vertraulichen Besprechung ins Handelsministerium gerufen worden. Der Minister teilte ihm mit, daß die führenden Banken ihn gebeten hätten, einen Beirat zu ernennen mit der Vollmacht, eine Reihe industrieller und merkantiler Unternehmungen zu untersuchen, die jetzt nach Beendigung des Krieges und bei der allgemeinen Depression nur durch ihren, bis aufs äußerste angespannten Bankredit aufrechterhalten wurden. Der Wunsch der Banken, daß einer oder mehrere solcher Sachverständigen ernannt würden, rührte wohl daher, daß sie sich, wenn das große Abschichten begann, selbst den Rücken frei halten und den betroffenen Kunden gegenüber den Schein wahren wollten. Gleichzeitig wollte man jedoch gern einen Vorschlag zur Wiederaufrichtung dessen haben, was gerettet werden konnte.

Gude hatte gefragt, welche Befugnisse er hätte. Der Minister lächelte: „Das liegt ganz in Ihrer eigenen Hand. Die Banken wünschen nur die kritische Sichtung durch einen unparteiischen Sachverständigen. Ich dagegen betrachte Ihre Stellung als diskretionär und überlasse alles Ihrer persönlichen Autorität. Ich sehe selbst die Dinge vorläufig mit dem allergrößten Pessimismus an!“

(Fortsetzung folgt.)

Zur Bekämpfung des Notstandes.

Sozialdemokratische Anträge im Rathause.

Die andauernde Verschärfung der Not weiter Kreise der Bevölkerung erfordert besondere Maßnahmen der Stadt. Für die Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag dieser Woche wird die sozialdemokratische Fraktion einen genau spezifizierten Antrag über die Beschaffung von Arbeitsgelegenheit durch die Stadt einbringen. Zur Nahrungsmittelversorgung hat sie bereits folgenden Dringlichkeitsantrag eingereicht:

„Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Magistrat, angesichts der immer mehr steigenden Not der Bevölkerung und der unauflöslichen katastrophalen Teuerung aller unentbehrlichen Lebensmittel sofort die in seinen Kräften stehenden Maßnahmen zur Versorgung der minderbemittelten Bevölkerung mit billigen Lebensmitteln zu ergreifen. Insbesondere erwartet die Stadtverordnetenversammlung vom Magistrat und vom städtischen Ernährungsamt, die Anordnung aller zu diesem Zweck von Reich und Staat flüssig zu machenden Kredite zur Verbilligung von Lebensmitteln und Beschaffung von Wintererzeugnissen. Die Versammlung ersucht ferner den Magistrat, die städtischen Lebensmittelverkaufsstellen weiter auszubauen und den Verkauf von billigen Nischen, Fleisch und anderen Lebensmitteln an die Bevölkerung energisch zu fördern.“

Kohlen und Verbraucher.

Eine ungenügende Erklärung des Kohlenamts.

Der „Vorwärts“ hat in den letzten Tagen mehrfach darauf hingewiesen, daß die Freizügigkeit der Kohlenarten gerade den bestgestellten Kreisen zugute gekommen ist, und daß die Unbemittelten wieder einmal das Nachsehen hatten. Das Kohlenamt veröffentlicht nun eine Rechtfertigung seines Vorgehens; es schreibt:

„Die in Verbindung mit der Abschaffung der Kundenliste verfügte Freigabe der Abschnitte 3 bis 5 der Kohlenkarte entsprach einem dringenden Bedürfnis der Verbraucher. Diese konnte sich jetzt aus den damals gefüllten Vorräten versorgen. Aber auch der Handel selbst hatte dringliche Vorstellungen erhoben, da er unter den damaligen Abnahmeverhältnissen erheblich zu leiden hatte. Die zeitweilige Stabilisierung der Karte hatte die Bevölkerung wie insbesondere auch den Kohlenhandel in Erwartung eines weiteren Preisabwärtens vom Einkauf von Kohlen zurückgehalten. Es mußten daher nunmehr Maßnahmen ergriffen, die die Beschaffung größerer Vorräte zuließen. Andernfalls müßten die von der Produktion für Berlin bestimmten Kohlen auch weiterhin in andere Versorgungsbezirke abfließen, und Berlin für das Wirtschaftsjahr verlorengeben. Tatsächlich sind in dieser Zeit speziell vom Kohlenhandel solche Verkaufsträge annulliert worden, daß dadurch ein Ausfall von 600 000 Zentnern Bricketts für Berlin entstanden ist. Gerade dieser Umstand hat u. a. mit dazu beigetragen, daß ein sehr großer Teil der Bevölkerung vor der letzten Preissteigerung keine Kohlen nicht mehr erhalten konnte. Die Maßnahmen der Behörden waren deshalb in jenem Zeitpunkt durchaus angebracht. Als aber die Stützungsaktion der Karte unerwartet zusammenbrach, und weitere Preissteigerungen zu erwarten waren, begab sich auch die Nachfrage nach Bricketts, so daß die Vorräte rasch geräumt waren, ohne daß die Produktion imstande war, sie sofort wieder zu ergänzen. Für diese unvorhergesehenen Umstände ist das Kohlenamt nicht verantwortlich. Weisheit hat es dafür gesorgt, daß die vorhandenen Bestände vor der letzten erheblichen Preissteigerung restlos der Verbraucherschaft zugeführt, und Bestände in die neue Preisperiode nicht mit übernommen worden sind. Den veränderten Verhältnissen hat das Kohlenamt jetzt durch eine im Interesse einer gleichmäßigeren Verteilung erforderliche Beschränkung des Zugriffsrechts der Selbstabholer Rechnung getragen. Das Kohlenamt vermahnt sich energisch gegen die Unterstellung, als habe es bei seinen Maßnahmen irgendwie die Interessen eines Kohlenunternehmens des Magistrats, das mit dem Kohlenamt in keinem Zusammenhang steht, im Auge gehabt.“

Das Kohlenamt hat recht; es hat durch seine Maßnahmen erreicht, daß die Kohlen den Verbrauchern zugeführt wurden. Das hat noch niemand bestritten. Es ist jedoch begründete Klage darüber geföhrt worden, daß es die bemittelten Verbraucher waren, die mit einem Schlage die auf die Abschnitte 3 bis 5 entfallenden Mengen kaufen konnten, während zahlreiche minderbemittelte Familien noch nicht einmal die auf die Abschnitte 1 und 2 entfallenden Kohlen bezogen hatten. Statt dieser lautmächtigen Erklärung des Kohlenamts wäre eine kurze Verordnung, die bestimmt, daß zunächst bis zu einem bestimmten Zeitpunkt nur die Abschnitte 1 und 2 der Kohlenarten beliefert werden dürfen, das eine weitere Abgabe von Kohlen auf Abschnitte 3 bis 5 erst dann erfolgen soll, wenn Kohlen vorrätig sind, und daß schließlich die Kundenliste eingeföhrt wird, besser am Platze gewesen. Diese Maßnahmen sind im Interesse der minderbemittelten Verbraucher dringend nötig.

Wettachen oder den Wohnungsschlüssel?

Kalße Wohnungsuchende treiben seit einiger Zeit in Berlin ihr Unwesen. Sie erlassen Anzeigen, nach denen ein aus dem Ruhrgebiet oder aus dem besetzten Rheinland ausgewandertes Fröhler, Lokomotivführer usw. ein möbliertes Zimmer sucht. Sie beschreiben dann die ihnen angebotene Wohnung, verhandeln über den Preis, erklären, nach einmal wiederkommen zu wollen, wenn sie nicht gleich einig werden, und stellen entweder Wettachen oder den Wohnungsschlüssel. Bald nach ihrem Versuch wird dann nachts bei den Wohnungsinhabern eingedrungen. Diese Schwinder haben bereits für hohe Beträge, besonders Sammelkassen aller Art, erbeutet. Mitteilungen über ihr Unwesen nimmt Kriminalkommissar Dr. Knusheit, Dienststelle B. L. 3, im Polizeipräsidium entgegen.

Großes Fischsterben im Tegeler See.

Seit einigen Wochen hat ein Massensterben der Fische im Tegeler See eingelegt. Tausende von Fischen werden an den Uferstrand gespült. Bei näherem Betrachten der zum Teil noch lebenden Fische zeigen sich ausgefressene, mit Wucherungen bedeckte und brandige Stellen. Es ist möglich, daß einmal wieder gegen das Verbot ungeneigte, laugenhaltige Fabrikabwässer in den See geflossen sind. Auf jeden Fall sollte die Angelegenheit, die dem polizeilichen Wasserföschung doch schon angefallen sein muß, scharfsinnig untersucht werden.

Da fehlt's wohl an Arbeitskräften?

Eine sonderbare Art der „Abfertigung“ erlebte ein in Neudöllu wohnender Vater unteres Volkes bei der in Berlin im Pauli Pavlov-Allee 7879 betriebenen Wirtschaftsstelle der Brandenburgischen Hauptföhrer für Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene, wo er als Kriegsbeschädigter einige Waren einkaufen wollte. Um 1/4 Uhr, eine halbe Stunde vor Schluß der von 10 bis 4 Uhr dauernden Geschäftszeit, trat er die mächtig beladene Kanne der Textilabteilung, aber trotz zweimaliger Warnung wurden ihm keine Waren vorgelegt, weil der eine der beiden Verkäufer von einem anwesenden mit der Zusammenstellung identischer Waren betrauten Angestellten in Anspruch genommen wurde. Wegen 4 Uhr erklärte dann der Geschäftsföhrer, daß die bis jetzt noch nicht abgefertigten Kunden heute nicht mehr abgefertigt werden könnten. Als unter Gewahrsam darauf hinwies, daß er doch nicht unverständlicher Sache nach Neudöllu zurückkehren möchte, erhielt er zu seiner Ueberraschung, daß hier im übrigen nur Auswärtige abgefertigt werden sollen. Auf dem in der Neudöllu für vorgestellte aushängenden Plakat, das zum Besuch der Wirtschaftsstelle auffordert,

Hinter den deutschvölkischen Kulissen.

Das Verhör im Machhaus-Prozess.

München, 5. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Der Angeklagte Fuchs leugnet im weiteren Verlauf der Gerichtsverhandlung in jeder Weise sein Einverständnis mit Richter und mit diesem Plan, verwickelt sich aber dabei in zahlreiche Widersprüche. Richter glaubte übrigens fest an diese Aktion; denn unmittelbar danach gab er durch Vermittlung von Fuchs ein Telegramm an eine ihm vertraute Saarbrücker Bank auf, das lautete: „Marktauf 20, Silberverkauf 50, ich erwarte großen Marktföhr in 8 Tagen“. Das Gericht will u. a. auch damit beweisen, daß Richter und Fuchs durch ihre Politik der Zerstückelung des Deutschen Reiches private Geldgeschäfte gemacht haben und machen wollten. Gleich nach der Besprechung am 20. Februar kamen aber dem Fuchs Bedenken wegen der Sicherheit Richters in München, und er veranlaßte ihn, München sofort zu verlassen, was er am andern Tage auch tat. Drei Tage später erhielt Fuchs von Richter, der inzwischen nach Paris geföhren war, einen letzten Scheid in Höhe von 5 Millionen Mark, weitere 20 Millionen waren für die nächsten Tage angewiesen. Die Aktion wurde aber von neuem derögert. Richter fuhr wieder nach Saarbrücken zurück und schrieb an Fuchs am 4. März: „Depeßieren Sie, wenn die Lieferung tollt. Ich föhre dann nach Mainz, um Sie dann in Empfang zu nehmen.“ Inzwischen wurde aber Fuchs am 28. Februar verhaftet.

Aus dem Verhör des Fuchs, das damit beendet war, sind noch seine Angaben über sein

Verhältnis zu den „Münchener Neuesten Nachrichten“

von einigem Interesse. Danach hat er im Februar 1920 für den ihm befreundeten Direktor Seitz, damals Vorstandsmitglied der Deutsch-nationalen Partei in München, die Verhandlungen zum Ankauf der „Münchener Neuesten Nachrichten“ geföhrt und auch zum Abschluß gebracht. Seine Beziehungen zu den „Münchener Neuesten Nachrichten“ waren ja alter Natur, da Fuchs von 1904 bis 1907 Feuilletonredakteur und stellvertretender Chefredakteur war. Nach dem Verkauf der „Münchener Neuesten Nachrichten“ (beim Kapp-Föhr 1920) war Fuchs weiterhin im Auftrage von Seitz damit beschäftigt, in dem „nationalen Kongress der „Münchener Neuesten Nachrichten“ weitere bayerische Blätter einzubeziehen. In diesem Sinne war er bis zum 4. März 1922 im Auftrage des Verbandes tätig. Er erhielt ein monatliches Monatsgehalt von 3000 M. — Diese Mitteilungen sind heute den „Münchener Neuesten Nachrichten“ natürlich sehr unangenehm, und in verschiedenen Redaktionsäußerungen versuchen sie, diesen ihren ehemaligen Freund und Mitarbeiter als „Redaktionswanze“ abzutun.

Der Fortgang des Verhörs brachte zunächst

nicht von einer solchen Beschränkung nichts. Haben Kriegsbeschädigte so „fette“ Einnahmen, daß sie das Fahrgehalt für ein paar Straßenbahnfahrten nutzlos hingeben können?

Förderung des Sports durch das Reich.

Der Reichsbeirat für körperliche Erziehung hielt am 29. Mai im Reichsministerium unter Leitung von Staatssekretär Schulz eine Sitzung ab, in der die Verteilung der im Reichsstat 1923 vorgesehenen 2 Milliarden gutachtlich beraten wurde. Einmüßig sprach im Namen des Deutschen Reichsausschusses, Sellert im Namen der Zentralkommission den Dank für wirksame Arbeit des Reichsministeriums aus. Der Reichsbeirat hat den Vorschlag, den gleichen Dank an die geleistenden Körperschaften, Reichstag und Reichsrat weiterzuleiten. Die Sitzung trat nach Abschluß der Finanzberatungen in eine Erörterung des Spielplatzgesetzes ein.

Aus der sozialdemokratischen Stadtverordnetenaktion ist über Veränderungen zu berichten. Stadtverordneter Genosse Kottmann-Staaten hat, weil er aus Groß-Berlin verzogen ist, sein Mandat niedergelegt. An seine Stelle tritt der Werkzeugschmied Walter Spandau. Das Stadtverordnetenmandat hat auch Genosse Müntner niedergelegt, weil er unbesoldeter Bezirksstadtrat im Verwaltungsbezirk Friedrichshain geworden ist. Für ihn tritt Gewerkschaftsanführer Genosse Karl Klingler in die Stadtverordnetenversammlung ein. Weiter hat Stadtverordneter Genosse Dr. Löwenstein, weil seine Tätigkeit als Schlichter im Verwaltungsbezirk Neudöllu ihn stark in Anspruch nimmt, sein Stadtverordnetenmandat niedergelegt. Ueber seinen Nachfolger in der Stadtverordnetenversammlung werden wir noch Mitteilung machen.

Genosse Wilhelm Schenk hat als Nachfolger des auf dem Tempelhofer Felde verunglückten Gen. Böger das Amt als unbesoldeter Stadtrat des Bezirks Prenzlauer Berg angetreten.

Vom Tode des Ectrinfens gerettet. Auf dem Jungen See kenterte nach einem Zusammenstoß mit dem Motorfährrboot „Lotte Rima“ das Segelboot „Falk“, Besizer Vöscharski, Treppower Straße 12. Die vier Insassen stürzten ins Wasser, wurden aber durch den Reichswasserföschung, der unmittelbar danach zur Stelle war, gerettet. Auch das Boot konnte geborgen werden.

Die Belegung des nächsten Obdachs. Im Mai d. J. haben im städtischen Obdach 85 221 männliche Personen, 5999 weibliche Personen, zusammen 91 220 Personen gegenüber 53 568 im Mai 1922 genöhigt.

Neue Droßkentarife. Das Polizeipräsidium will mit, daß sofort der Kraftdroßkentarif auf das 7000fache, der Pferdetroßkentarif auf das 4000fache erhöht wird.

Die Vollmilkkarten für die Kinder im ersten bis zum vierten Lebensjahre werden für die Monate Juli-September 1923 von den Bezirkskommissionen der Verwaltungsbezirke Alt-Berlin (Mitte, Tiergarten, Wedding, Prenzlauer Berg, Friedrichshain und Kreuzberg) in der Zeit vom 4. bis zum 11. Juni 1923 ausgegeben. Die Kartenbesitzer müssen geben die Milchkarten etwa zur gleichen Zeit aus. Für das Vierteljahr Juli-September 1923 werden wieder nur zwei Kartentypen für Kinder verteilt: für die am und nach dem 1. Juli 1921 geborenen Kinder rot mit „A“ gekennzeichnete Milchkarten, für die in der Zeit vom 1. Juli 1919 bis zum 30. Juni 1921 geborenen Kinder lila mit „B“ gekennzeichnete Milchkarten. Außerdem werden wie bisher C-Milchkarten für werdende Mütter im siebenten bis neunten Schwangerschaftsmonat ausgegeben.

Soz. Elternarbeit des 20. Verwaltungsbezirks aller Schulen. Sitzung am Freitag, den 8. Juni, in Reinickendorf, Holländer Str. 6a. Schulleiter im Lehrzimmer. Beginn pünktlich 7 Uhr. Tagesordnung: Bericht, Stellungnahme zu den neueren Verordnungen und allgemeinen Elternbeiträgen, die nicht erscheinen können, müssen sich durch andere Genossen vertreten lassen und unangeben ihre Adressen an Obmann Hüßelheimer, Reinickendorf, Amendestr. 51, richten.

Die juristische Sprechstunde findet im Juni Montags, Mittwochs und Freitags von 3—6 Uhr, Dienstags und Donnerstags von 6—7 Uhr und Sonnabends von 3 bis 5 Uhr statt.

Staatsanwalt und Gerichtshof. Bei dem unter dieser Ueberschrift in der Sonntagsausgabe wiedergegebenen Prozeßbericht ist durch ein technisches Versehen des Druckers weggelassen. Genosse Thiemann wurde, trotzdem der Staatsanwalt Freispruch beantragt hatte, wegen Beamteneidbüßung zu 100 000 Mark Geldstrafe verurteilt.

Die Aussagen der Brüder Gulermann.

Die beide Mitglieder des Bundes „Blücher“ sind und der Beihilfe zum Hochverrat angeklagt sind. Ihren Aussagen ist zu entnehmen, daß sie sich dem Machhaus zur Verfügung stellten im Glauben, es handle sich ausschließlich um die Bekämpfung des Bolschewismus. Richtig scheint zu sein, daß Machhaus sie über die wahren Ziele seines Unternehmens im Unklaren gelassen hat. Das gleiche gilt von dem Angeklagten Berger, dem militärischen Leiter vom Bund „Blücher“. Ihm war allerdings eine wesentlich bedeutsamere Rolle in der Veröhrung zugedacht. Auch Berger stellt immer wieder als Ziel seiner ganzen nationalen Betätigung den Kampf gegen die rote Gefahr in den Vordergrund. Er hatte 300 Mann unter seinem Kommando, die er militärisch fest in der Hand hielt. Seit Mitte Januar hielt er mit seinen Leuten jeden Samstag Appelle in einem von der Unioersität zur Verfügung gestellten Raum (!) ab. Für die ganze Art dieser nationalen Kampfverbände ist es bezeichnend, daß

auch der Franzose Richter auf Vermittlung des Machhaus Mitglied des Bundes „Blücher“

war und ihm eine ordnungsmäßige Mitgliedskarte auf den Decknamen „Kräuter“ ausgestellt wurde. Berger hat im ganzen etwa 4 Millionen Mark für seine Organisation erhalten, die er auch für diese Zwecke verwendet hat. Der eigentliche Föhrer des Bundes „Blücher“ und Vorgesetzte des Berger ist der Regierungsbaumeister Schäfer, der auf der Zeugenbank wichtige Aussagen zu haben wird. Verschiedene Zeugen, Studenten und Mitglieder des Bundes „Blücher“ haben ausgesagt, daß Berger öfter von einer bevorstehenden Aktion gesprochen und Geld dazu gegeben habe. Einer seiner Aussprüche lautet: „Wir müssen einmal anfangen; so kann es nicht weiter gehen. Ich schlage los mit hundert Mann, die andern kommen dann schon!“ Die und andere Aussagen belasten den Angeklagten zunächst in erheblichem Umfang.

Die ganzen Aussagen dieses Angeklagten, die im allgemeinen wohl der Wahrheit entsprechen dürften, zeigen die heillose politische Verwirrung, in der diese Föhrer der sogenannten vaterländischen Kampfbünde leben und sich auf „Aktionen“ vorbereiten. Es darf nicht Wunder nehmen, daß ihr Kampf gegen den Bolschewismus in der Hauptsache auf die Sozialdemokratie eingestrichelt ist. Ihre größte Befürchtung ist immer gewesen, eine Regierung Reichswehr-Hilfföhrung, womit sich der Bolschewismus über ganz Deutschland bohnenwölzen würde. Zum Schluß erklärte der Angeklagte wiederholt, daß er über die französischen Zusammenhänge des Unternehmens von seinem Vorgesetzten Schäfer und dem Machhaus, mit dem er ziemlich viel verkehrte, vollständig im Unklaren gelassen worden sei.

Sprechchor für proletarische Feiertänzer. Donnerstag abend 8 Uhr in der Aula der Sophiensöhle, Weinmeisterstr. 16/17, Übungsstunde. Textausgabe für „Koch“.

Verlegung des Brandenburger Zuchthaus.

In der letzten Stadtverordnetenversammlung in Brandenburg wurde mitgeteilt, daß Verhandlungen mit dem maßgebenden Stellen eingeleitet worden sind, um das Zuchthaus aus der Stadt zu verlegen. Gestern waren Vertreter des Justizministeriums und des Finanzministeriums in Brandenburg, um das Gelände am Görden zu besichtigen, das von der Stadt als Anlageplatz für das neue Zuchthaus hergegeben werden soll. Die Verhandlungen werden nach allen Richtungen hin beschleunigt werden.

Fliegerkatastrophe. Aus Tripolis wird gemeldet: Während eines Fluges von Sitten nach Homs stürzte ein Flugzeug aus einer Höhe von 30 Metern ab. Die beiden Piloten waren sofort tot. Ein Mechaniker wurde verwundet.

Zerbenen. Auf der Hamburger Hauptstation für Erdbebenforschung wurden zwei Fernbeben aus 9000 Kilometer Entfernung registriert.

Jugendveranstaltungen.

Mitgliederversammlungen am Mittwoch, den 6. Juni:

Hellbrunn bei Götzen. Jugendheim Gemeindeföhrer Reichstraße, — Friedrichshagen. Jugendheim Schwarzenbühlstraße 105. — Berlin. Jugendheim Gemeindeföhrer Auguste-Viktoria-Straße. — Berlin. Jugendheim Schule Reichstr. 12. — Berlin. Jugendheim Volkstr. 22. — Groß-Berlin. Jugendheim Friedrichstr. 4. — Berlin. Jugendheim Gemeindeföhrer Hallesches Tor. — Berlin. Jugendheim Rindhardtstr. an der Egnolstraße. — Berlin. Jugendheim „Deinich Deine“. — Tempelhof. Jugendheim Verminialstraße 6-7.

Geschäftliche Mitteilungen.

Die Firma Pöschel & Co. in Eintracht empfiehlt im Inseratenteil unseres Blattes das von dem bekannten Kungeproff Dr. Weidner in Lugano erfundene Präparat „Pöschel“ als Mittel zur Abwehrung bzw. Einschränkung des Tabakrauchens.

Sport.

Rennen zu Ruhleben am Dienstag, den 5. Juni.

1. Rennen. 1. Schlops (H. Häder), 2. Clematis blau (H. Grube), 3. Baby (H. Freund), Toto: 44: 10. Wäg: 18, 19, 25: 10. Ferner liefen: Kontreins (4), Obinard, Örensode, Bordenro, Kataldor I, Gellens, Kriegemüller, Eiderius, Apfelsblüte, Odonar, Hiera Dingen, Marien D., Keme, Durandus, Verdan, Gebgarl, Boge, Barde.
2. Rennen. 1. Rastföhrer (Grube), 2. Nathan IV (H. Schöner), 3. Pöschel jr. (Hader), Toto: 21: 10. Wäg: 12, 13, 14: 10. Ferner liefen: Erda (4), Hauptmann, Robinnierföhrer, Baumföhrer, König, Schnerwolf, Kolonföhrer, Tade Velaurit, Gawein, Dintene, Elle H. I, Sebastian I, Waldföhrer, Jma Gaa.
3. Rennen. 1. Seewind (Grube), 2. Dänföhrer (H. Brandt), 3. Sybil (H. Rie), Toto: 23: 10. Wäg: 28, 33, 45: 10. Ferner liefen: Altag (4), Apollon, Krämerin Silber, Altkönig, Waldföhrer, Barometer, Vorner, Direktor, Wöhrer, Erika Carl, Dänaburg, Geiderföhrer, Erdmann, Monna, Voltag (H. G.), Jlm. H. B., Verthol, Gansföhrer, Brillen.
4. Rennen. 1. Lucullus (H. Grohmann), 2. Frankenstein (H. Ring), 3. Guldspiegel (H. Schöner), Toto: 15: 10. Wäg: 13, 17, 18: 10. Ferner liefen: Rind (4), Andenhof, Ferrero, Ludwig R., Goudföhrer jr.
5. Rennen. 1. Rader (Hader), 2. De petit Louton (H. Steeger), 3. Palmer Woodline (H. Freund), Toto: 30: 10. Wäg: 33, 39, 29: 10. Ferner liefen: Drogan (4), Gudrun II, Rieger I, Rastföhrer Dänaburg, Feuerföhrer, Teufelbart, Albus, Brocade, Konardföhrer.
6. Rennen. 1. Paroness Lubia (H. Rie), 2. Milgoid (H. G.), 3. Juvantik (H. Weh), Toto: 29: 10. Wäg: 12, 14, 11: 10. Ferner liefen: Importation (4), Prinzessin Grawab, Dolma, Prinzessin Vertra, Freiföhrer, Schwaizwäldel, Tamminge.
7. Rennen. 1. Rastföhrer (H. G.), 2. Ugi (H. Schöner), 3. Trax Jög (H. Rie), Toto: 28: 10. Wäg: 14, 16, 24: 10. Ferner liefen: Götterföhrer (4), Robinnierföhrer, Öfenföhrer, Erh. Haderföhrer, Gentian, Agnortus B., Tella, Verda.
8. Rennen. 1. Ulfen (H. Schöner), 2. Rindföhrer Silber (H. Pattenberg), 3. Rastföhrer I (H. Schöner), Toto: 40: 10. Wäg: 16, 13, 58: 10. Ferner liefen: Ulfen (4), Höljunge, Alba, Charlotte S., Pamp, Sulfurt, Albas I., Lang I., Turbinelab, Hoffnung I., Bekameile, Cresse H., Allene.

Weiter bis Donnerstag mittag. Ein wenig mäßiger, zeitweilige heiter, veränderlich mit geringen Regenböden bei mäßigen westlichen bis nordwestlichen Winden.

